

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldstr. 24

Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488

Redakteur: Emil Dittmer

Motto:

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Postgeld)  
3 Mk. — Postzeitungssitze Nr. 3164

## Die Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach.

Nach vielen Mühen und Klagen hat der Reichstag nun doch noch das Werk der Entrechtung vollendet. Zwar haben es sich die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit leicht gemacht: Man gab die stille Parole aus, auf die Gründe und Anträge der Sozialdemokraten überhaupt nicht einzugehen! Und eine Zeitlang schien es, als sollte diese Banzen-taktik auch bis zum Schluß durchgeführt werden. Dann aber mußte der schwarzblaue Block der fortgesetzten Kritik gegen-über sich aufraffen zur Abwehr, die indessen Lendenkramen genug ausfiel. Freilich, gegen die kompakte Majorität halfen alle unsere Argumente nichts, und so ist denn das traurige Werk vollendet, im ganzen wie es die Kommission vorbereitet hatte und wie wir es wiederholt im einzelnen aufzeigten.

Der konservativ-kerikale Block mit seinem Anhang befürchtete vor allem, ein neuer Reichstag werde das Ge-setz sozialer und fortschrittlicher gestalten, und man wollte unter allen Umständen einen Rück-schritt rückwärts kommen, denn die Gesetzgebungskonjunktur war günstig. Daß übrigens auch „christliche“ Gewerkschaftler an der Volkseutrechtung kräftig mitarbeiteten, soll ihnen unterge-lassen bleiben. Wahrlich, diese „Arbeitervertreter“ verdienen zwi-fache Bewunderung. Nicht nur für ihre arbeiterfeindliche Abstimmung, sondern auch noch für ihre frampfschaften Ver-suche, den „Mißbrauch von sozialdemokratischen Massenver-waltungen“ in grellsten Farben aufzutragen.

So ist nun glücklich ein Gesetz zustande gekommen, das unter dem Vorgeben, Not und Sorgen entgegenzutreten, Not und Sorgen schafft, die Arbeiterklasse mit 50½ Mil-lionen Mark jährlicher Steuern neu belastet und ihnen als Entgelt hierfür die Selbstverwaltung nimmt, die Möglichkeit eines vorbeugenden Heilverfahrens und einer Verhütung von Unfällen erheblich verringert und die Witwen und Waisen durch eine „Rente“, die in den ersten Jahren bis 1917 etwa 17—18 Pf., später gegen 20 Pf. für die völlig erwerbsunfähig gewordene Witwe und bis 1917 gegen 9 Pf., später 10 Pf. täglich für ihr Kind beträgt.

Aus einer zusammenfassenden Darstellung des „Vor-wärts“ ergibt sich ferner die außerordentliche Verschlechterung des Verfahrens, die Vergrößerung der Rentenquetscherei und die Beseitigung der Rekursinstanz für Unfallfällen.

Für die Entrechtung der Arbeiter im Krankenversiche-rungswesen konnte auch nicht ein Atom irgendeiner Berechti-gung angeführt werden. Die bürgerliche Mehrheit zog sich auf die famose Behauptung zurück: wenn auch kein Mißbrauch stattgefunden habe, müsse doch der Möglichkeit eines Mißbrauches dadurch gesteuert werden, daß man die Selbst-verwaltung der Arbeiter beschneide. Der wahre Grund ist ein anderer. Er zeigt sich allenthalben bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, insbesondere bei dem leider er-folgreichen Anlämpfen der Mehrheit gegen eine Zentrali-sierung der Kassen. War bei der Schaffung der Versicherungs-

gesetzgebung einer der Hauptgründe der Bourgeoisie, der sie veranlaßte, ihren Widerstand gegen den Grundgedanken einer Versicherung aufzugeben, der, daß sie durch die Versicherungs-gesetzgebung die Armenlasten von den Schultern der Wohl-habenden auf die der Arbeiter wälzen wollte, so war bei der jetzigen Reichsversicherungsordnung neben diesem Beweggrund für die Regierung und die bürgerlichen Parteien das Be-streben maßgebend, eine Art Schutztruppe der „national“ ge-sinnten Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durch Versor-gungsposten in der Verwaltung der Versicherungsgesetzgebung zu schaffen. An Stelle von Arbeitern sollen abgelegte Beamte, ausgebildete Offiziere, Militärantwörter, verfrachtete Existenzen der Bourgeoisie, gesinnungslose Bureaucraten auf Kosten der Arbeiter Ämter in den Versicherungszweigen erhalten.

Den Landarbeitern werden wohl Beiträge abge-nommen, aber man stellt sie noch schlechter als die gewerb-lichen Arbeiter und die Verwaltung ihrer Gelder wird der Unternehmerklasse und den von diesen gewählten Kreaturen anvertraut.

Der antisoziale Haß der Regierung gegen die Arbeiter und diejenigen, die der Reichsversicherungsordnung zuge-stimmt haben, tritt in den Bestimmungen besonders hervor, die auf eine Verhinderung der Verhütung von Krankheiten, Unfällen und Sterblichkeit abzielen. Die Beengung der Ver-sicherungsanstalten in der Errichtung von Heilanstalten, das Verbot an das Reichsversicherungsamt, für landwirtschaftliche Betriebe Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, und die Stellung gegenüber Schwangeren und Wöchnerinnen rechnet hierhin.

Ungehört war die Stellung der Regierung zu dieser letzte-ren Frage. Sie erklärte, die Reichsversicherungsordnung müsse scheitern, wenn die Hilfe für die schwangeren Frauen und Säuglinge beschloffen würde. Ein willkommenen Vorwand für das Zentrum zum Unfall. In der zweiten Lesung lehnte das Plenum trotz der eindringlichsten Schilderung der zum Himmel schreienden Zustände eine Besserung ab. Und in dritter Lesung wurde gar noch die geringfügige achtwöchent-liche Wöchnerinnen- und Schwangerenunterstützung auf Be-treiben des Zentrums und der Konservativen für die Land-arbeiter auf die Hälfte herabgesetzt!

Der Betrug und die Verhöhnung, die die Mehrheit des Reichstages gegen die Witwen und Waisen und gegen die Arbeiter mit der sogenannten Hinterbliebenenversicherung vollführt hat, ist durch die Verhandlungen klar zutage ge-treten. Die geringfügigen Besserungen, die bei der zweiten Lesung des Einführungsgesetzes vorgenommen sind, ändern an der Tatsache nichts: die Reichsversicherungsordnung nimmt den Arbeitern und deren Witwen wohlverworbene Rechte ohne Entschädigung und führt unter dem Namen einer Hinter-bliebenenversicherung eine die Arbeiter höhrende Karikatur einer Versorgung ein.



Ein weiteres Unrecht ist vor allem durch das Einführungsgesetz geschaffen. Die Reichsversicherungsordnung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft, aber das bisher geltende Recht auf Erstattung der Beiträge soll nur bis zur Verkündung der Reichsversicherungsordnung bestehen bleiben, was schon in wenig Wochen sein wird. Wird die Reichsversicherungsordnung etwa am 15. Juni verkündet, so verlieren also alle Ehefrauen, die nach dem 15. Juni 1911, aber vor dem 1. Januar 1912 heiraten, ihr Recht auf Rückerstattung der Beiträge selbst ohne die Hoffnung auf einen Pfennig Entschädigung irgendwelcher Art. Diesen Raub den Kernisten gegenüber wagen die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen Sozialpolitik zu nennen.

Aber das ist noch nicht der tödlichste Schlag, den das Einführungsgesetz gegen die Witwen und Waisen führt. Die jämmerlichen Renten, mit denen die Reichsversicherungsordnung die Waisen, Witwen und Arbeiter verhöhnt, erschienen dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen noch zu hoch: es soll bis 1917 oder 1924, dem Ablauf der Wartezeit (200 bis 500 Wochenmarken, also fünf bis zwölf Jahre, müssen zu deren Erfüllung gelebt sein), die Witwenrente nur 68 Mk. jährlich, also 17 bis 18 Pf., die Waisenrente gegen 9 Pf. täglich betragen. Die Witwen und Kinder verlieren aber ihren Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge, der im Jahre 1912 über 120 Mk. im Durchschnitt betragen würde, gänzlich! Erst wird den Witwen und Waisen im Jahre 1902 eine Witwen- und Waisenversorgung vom 1. Januar 1910 ab versprochen; neunzig Millionen Mark jährlich wurden versprochen, sie sollten aus den Zollerträgen vom Jahre 1906 ab gespart werden. Als das Jahr 1910 herangerückt war, befanden sich in dem Spartopf statt 450 bis 500 Millionen 56 Millionen, weil die Konservativen und Zentrums-Junker mittels der Einfuhrscheine den Spartopf für sich geleert hatten. Dann nahmen Zentrum, Konservative und Nationalliberale den Witwen, die nicht selbst invalide geworden waren, die ihnen durch Reichsgesetz versprochene Versorgung und raubten ihnen ihr jetzt ihnen gesetzlich zustehendes Recht auf Erstattung der von ihren verstorbenen Ehemännern geleisteten Beiträge. Die invalide gewordene Witwe sollte, wenn ihr Mann zehn Jahre lang gelebt hatte, 20 Pf. pro Tag, ihre Kinder, wenn nur eins vorhanden, 10 Pf., sind zwei vorhanden, nur 9, sind drei vorhanden, nur 8 Pf. täglich erhalten. Und jetzt hat der Reichstag auch diese Säge bis zum Jahre 1917 oder 1924 hin noch herabgeleitet!

Die kleinen Verbesserungen, die die Reichsversicherungsordnung in anderen Punkten gegenüber dem heute bestehenden Zustand enthält, sind völlig ungenügende Abschlagszahlungen auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse.

So verbleibt nach diesem erfolgreichen Attentat auf die Volksrechte den bürgerlichen Parteien nur noch eine Sorge! Wie sollen sie in den bevorstehenden Wahlkämpfen ihren Wählern geraden Blicks gegenüberstehen? Wenn sie nicht lügen, daß sich die Balken biegen, wird es ihnen nicht länger möglich sein, dem Volke Sand in die Augen zu streuen.

Und all ihre Entstellungen, des sind wir gewiß, vermögen nicht die Verantwortung von ihren Schultern zu wälzen für die ungeheuerliche sozialpolitische Rückständigkeit unserer Gesetzgebung.

Darum können und müssen die Reichstagswohle einen entscheidenden Anstoß geben zu einer neuen Ära, in der die Arbeiter nicht nur als geheiligte „Objekte“ der Gesetzgebung figurieren, sondern wo endlich einmal den rückschrittlichen Bestrebungen unserer Zeit der Generalmarsch geblasen wird.

Dah es dazu komme, muß Sorge Peter Kufflung durch alle unsere Kollegen und Leser sein.

## Die Filiale Groß-Berlin im Jahre 1910.

II.

Bereits zu Anfang des Jahres erörterten die Arbeiterausschussmitglieder und Vertrauensmänner aller städtischen Betriebe Berlins die Frage, ob es noch einen Sinn hat, in den Arbeiterausschüssen zu arbeiten. Anlaß dazu gab die Empörung, welche unter den Kollegen wegen der Brüstierungen und Anhebungsversuche von Seiten der Betriebsverwaltungen in der letzten Zeit hervorgerufen war. Ferner hatten die Arbeiterausschüsse, nach den bereits vorliegenden Beschlüssen der Deputationen zu urteilen, bis dahin für Anerkennung oder auch nur ernstliche Beachtung der schwebenden Forderungen nichts zu erreichen vermocht. Nichtsdestoweniger wurde beschlossen, vorläufig noch Gewehr bei Fuß zu stehen.

Dann kam die Staatsdebatte am 24. Februar in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Rede des Hämmerers war eine Kette von Provokationen der Arbeiter, deren schlimmste der Ausdruck war: „Die städtischen Werke sind keine Versorgungsanstalten für Angestellte und Arbeiter!“ Bei der Beratung der Werke-Etats am 23. März bekämpfte der spartanische Stadtfinanzier in gleich haltloser Weise die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter.

Nach diesen von Brüstierungen und Beleidigungen gegen die Arbeiter gespickten Debatten, welche nicht die geringsten Aufbesserungen brachten, loberte die Empörung unter den Kollegen hell empor. Selbst wenn die Ortsverwaltung gewollt hätte, wäre es ihr nicht möglich gewesen, die Mitglieder der Arbeiterausschüsse auf ihren Kosten zu halten. In einer imposanten, von mehr als 3000 Kollegen besuchten Versammlung am 4. April wurde die Niederlegung sämtlicher Arbeiterausschussmandate beschlossen.

Mit erfreulicher Einmütigkeit folgten die etwa zweihundert Mitglieder der Ausschüsse dem Versammlungsbeschluss. Eine unruhliche Ausnahme machte nur die Majorität des Arbeiterausschusses der Straßenreinigung, die von Mitgliedern des Hirsch-Dunderschen Ortsvereins besetzt war. Der Verrat der Arbeiterinteressen ist diesen Leuten bereits so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie gar nicht mehr anders können.

Die geschlossene Aktion der Arbeiterausschüsse brachte in kurzer Zeit geradezu eine Revolution in den Gängelgang der Rathausbureaucratie. Die entschlossene Haltung der Arbeiter zeitigte nämlich im „Gemeindeblatt“ vom 24. April folgende Kundmachung:

„Entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten gegenteiligen Behauptung sind im Etat des laufenden Rechnungsjahres bereits Beiträge für eine mäßige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen. Es war eine Magistratskommission mit der Einzelberatung beauftragt worden, die jetzt dem Magistrat berichtet hat. Der Magistrat hat nach ihren Vorschlägen beschlossen. Die Lohnerhöhung wird mit der ersten Lohnperiode am 1. Mai in Kraft treten.“

Nichtsdestoweniger sahen die Arbeiter der verkündeten „mäßigen Lohnerhöhung“ mit starkem, durch langjährige Erfahrungen berechtigtem Mißtrauen entgegen. Wie recht sie darin auch diesmal hatten, bewies die erste Lohnzahlung im Mai. Ganz zu schweigen von einer generellen Regelung, so bestand die ganze Lohnerhöhung in 15 Pfennig pro Tag für etwa — ein Fünftel der städtischen Arbeiter; alle anderen, darunter die am schlechtesten bezahlten Tausende von Gasarbeitern, gingen leer aus. Der Unwille der Berliner Kollegen darüber fand in einer Massenversammlung am 20. Mai, die, ebenso wie die erste, überfüllt war, spontanen Ausdruck; es wurde die erneute Einreichung der Forderungen einstimmig beschlossen.

Inzwischen war eine Stadtverordnetenversammlung zum 2. Juni einberufen worden, in welcher der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf der Tagesordnung stand:

„Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in einer Vorlage zur Kenntnisnahme“ Mitteilung zu machen über seine Beschlüsse betreffend die von dem Oberbürgermeister gelegentlich der Staatsberatung am 24. Februar 1910 in Aussicht gestellte Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne.“

Trotz der im ganzen dunklen und nichtsagenden Antwort des Oberbürgermeisters darauf zwangen sich die Arbeiter nochmals zur Geduld, obwohl in der am 20. Juni stattgehabten Versammlung aller Vertrauensleute und Arbeiterausschussmitglieder eine lebhafteste Opposition hervorbrach, welche dem sofortigen Vorgehen das Wort rebete. Erst nach eindringlichen Vorstellungen der Ortsverwaltung wurde beschlossen:

1. Mit Rücksicht auf die vom Magistrat zugesagte Bekanntgabe seiner Beschlüsse über die Lohnerhöhungen wird die von



der Protestversammlung der städtischen Arbeiter am 30. Mai geforderte erneute Einreichung ihrer Lohnforderungen zurückgestellt.

2. Wird die Zusage des Magistrats bis Ende Juni nicht erfüllt, so hat die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeindearbeiter unverzüglich den Beschluß der Protestversammlung zur Ausführung zu bringen.

Aber auch Ende Juni — nach acht Wochen also — verlautele nichts über die Arbeit der Magistratskommission seit April. Unvergütlich wurden daher durch die Arbeiterausschüsse und, wo solche noch nicht gewählt waren, durch die Ortsverwaltungen die im August 1900 aufgestellten Forderungen erneut eingereicht. Dem Beschluß der Versammlung vom 30. Mai folgend, fanden sie Ergänzung durch den Entwurf neuer Bestimmungen über die Einrichtung von Arbeiterausschüssen, welcher in seinen Hauptzügen einen General-Arbeiterausschuß und die Anerkennung der Organisationsvertreter als beratende Mitglieder der Ausschüsse verlangt. Die Kleinlichen Schwierigkeiten, welche der Verhandlung der Anträge entgegengestellt wurden, bewiesen erneut, wie notwendig die Reorganisation der Arbeiterausschüsse war.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 8. September legte endlich der Magistrat die Uebersicht über die Lohnerhöhungen vor, die im Etat für 1910 vorgesehen waren. Die Uebersicht bestätigte, daß nur 3000 bis 3300 (bei insgesamt 18 000) städtische Arbeiter eine ganz unzulängliche Lohnaufbesserung erfahren hatten. Nach einer von Verständnis für die Arbeiterforderungen wenig angekränkelten Debatte wurde die beantragte Kommission beschloffen, die am 3. Oktober zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Obwohl die Ortsverwaltung sich beeilt hatte, die Kommissionsmitglieder mit umfangreichem und einwandfreiem Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen städtischen Betrieben zu versehen, hielt man amtliche Unterlagen über Lohnhöhe, Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Ueberstundenbezahlung und über den Zeitpunkt, an dem zuletzt in den einzelnen Verwaltungen Lohnerhöhungen zugebilligt worden waren, für notwendig. Wann das Material erschienen ist? Das Jahr 1910 hat es nicht mehr zu sehen bekommen! Es kann wohl kaum etwas Beschämenderes geben, als wenn im Zeitalter moderner technischer Hilfsmittel in den Bureaus und mit einem Heer von Beamten in den städtischen Werken während mehrerer Monate eine Nachweisung der Arbeitsverhältnisse nicht möglich ist.

So standen die Dinge am Schlusse des Jahres 1910 und wären noch um ein beträchtliches schlimmer, wenn nicht inzwischen der am schlechtesten bezahlten Sparte, den etwas mehr als 4000 Arbeitern der Gaswerke, endgültig der Geduldsboden gerissen wäre. Den letzten Anstoß dazu gab die Deputation dieser Betriebe in ihrer Sitzung am 28. Oktober. Ablehnung aller Forderungen und Verschleierung der Bestimmungen über den Kranfengeldzuschuß, das war das Fazit dieser Deputationsitzung. Das schlug natürlich dem Haß den Boden aus. Die schleunigst zusammenberufenen Vertrauensmänner der Gasarbeiter nahmen am 5. November nach eingehender Debatte und unter voller Würdigung des Ernstes der Situation in geheimer Abstimmung gegen eine einzige Stimme eine Resolution an, in welcher den Kollegen dringend geraten wurde, mit allen Mitteln die beantragte Aufbesserung der Löhne durchzusetzen.

Am 17. November fand eine allgemeine Versammlung der Gasarbeiter statt. In Massen strömten die Kollegen herbei, so daß in dem Riesensaal von Keller in der Koppenstraße alle Tische entfernt werden mußten, um sie alle unterzubringen. „Will die Gaswerksdeputation den Krieg?“, so lautete das Thema des Meetings, das stürmische Zustimmung bei den zum letzten entschlossenen Versammelten fand, woran auch die Nachricht, daß bereits Vorlesungen gegen einen Streik in den Betrieben getroffen wurden, nicht das geringste änderte. Demonstrativ und einhellig wurden die Obmänner der Arbeiterausschüsse beauftragt, unverzüglich vorstellig zu werden und schnellstens Bericht zu erstatten. Schon die nächsten Tage zeigten die Wirkung dieser entschiedenen Sprache der Gasarbeiter. Zunächst versuchte man es wieder mit Ablehnungs- und Verschleierungsmaschinen in der Presse. Damit ließen sich aber die Arbeiter nicht abweisen. Bereits am 19. November war die Lohnkommission im neuen Verwaltungsgebäude der Gaswerke versammelt, um mit den Direktoren zu verhandeln. Nach eingehenden lebhaften Auseinandersetzungen erklärte man, Lohnaufbesserungen befürworten zu wollen, sofern die dafür geltend gemachten Gründe bei der schwebenden Nachprüfung als zutreffend sich erweisen. Die am 20. November folgende Konferenz mit dem Delegierten der Ortsverwaltung, Stadtrat Ramsau, begann mit einer grundsätzlichen Fehde um die Teilnahme des

Stillschließenden an den Beratungen. Die Kollegen erlangten aber schließlich, daß der Stadtrat seinen Widerspruch gegen die angefochtene Legitimation des Kollegen Wulph aufgab. Auch diese Sitzung endete mit denselben Versicherungen von Seiten des Stadtrats, wie sie bereits von den Direktoren abgegeben wurden. Auf Drängen der Kommission versprach derselbe schließlich, schnellstens der Deputation erneut die Arbeiterforderungen zu unterbreiten. Das geschah auch umgehend; denn am 28. November tagte schon die Deputation. Nach heftigen Kämpfen, in welchen die derselben angehörenden Scharmacher der Schwerindustrie sich entschieden jeder Lohnaufbesserung widersetzen, wurde mit 6 gegen 5 Stimmen die Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pf. beschloffen. 2750 Arbeiter kamen dafür in Betracht. Im Etat wurden als Mehraufwendung 231 000 M. eingestellt.

Die Lohnkommission der Berliner Gasarbeiter hatte also schnelle Arbeit geleistet. Ihren Bericht erstattete sie in einer Vertrauensmännerversammlung am 28. November und in einer wiederum überfüllten Versammlung der Gasarbeiter am 2. Dezember. In der letzteren kam es zu stürmischen Debatten, weil ein erheblicher Teil der Kollegen mit den gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden war. So wenig diese Unzufriedenheit schlechtin von der Hand zu weisen war, so mußte aber doch anerkannt werden, daß die für die Masse der am schlechtesten entlohten Gasarbeiter erzielten Lohn-erhöhungen einen beachtenswerten und erfreulichen Fortschritt darstellten. Diese kühnen Erwägungen gewannen denn auch die Oberhand. Den endgültigen Erfolg der Gasarbeiterbewegung, die gezeigt hat, was straffe Organisation und energisches Handeln der Arbeiter vermögen, konnte am 4. Dezember bereits der „Vorwärts“ verleben, indem er schrieb:

„Der Magistrat ist dem Antrage der Deputation für die städtischen Gaswerke beigetreten und hat eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde für die geringst bezahlte Klasse der ungelerten Arbeiter der städtischen Gaswerke bewilligt.“

## Haben die Arbeiterausschüsse einen praktischen Wert?

In den großindustriellen Betrieben und den Gemeinden sind durchgängig die Arbeiterausschüsse, als sogenannte Arbeitervertretungen, eingerichtet. Die Bestimmungen des § 134 der Gewerbeordnung geben den Arbeiterausschüssen keine größeren Rechte in die Hand, weil letzten Endes immer noch der Unternehmer darüber zu entscheiden hat, ob er den Entschlüssen des Ausschusses beitreten will oder nicht. In den meisten Fällen haben die Ausschüsse nur einen dekorativen Wert. Denn werden Anträge weitgehender Natur durch diese Instanz gestellt, so wird die Sache in die Hände gezogen und dadurch in vielen Fällen der Arbeitsfreudigkeit der Ausschüsse ein Dämpfer aufgesetzt. Dies Verfahren ist besonders in den städtischen Betrieben beliebt. Hier heißt es in „Erwägung“ stehen. Diese „Erwägungen“ dauern oft Wochen, Monate, ja in einzelnen Fällen Jahre. Durch ein derartiges Verfahren wird das bisherige Recht, was die Ausschüsse haben, illusorisch gemacht. Es erscheint daher sehr zweifelhaft, ob man den Ausschüssen den Wert beilegen darf, wie es seitens der Unternehmer, der städtischen Behörden und bürgerlicher Sozialpolitiker geschieht. Soll die Einrichtung der Arbeiterausschüsse wirklich einen Zweck haben, so muß man auch dieser Institution das Recht auf Verhandlung geben. Wo dies nicht der Fall ist, haben die Ausschüsse ihre Daseinsberechtigung verloren.

An Hand einiger Beispiele wollen wir dies darlegen.

Die Ausschüsse der städtischen Betriebe der Stadt Magdeburg beantragten eine Geschäftsordnung oder Satzungen des Ausschusses. Der Magistrat erließ einfach eine solche, ohne daß er die Arbeiterausschüsse darum fragte. Nun haben aber die Arbeiter nach dem § 134 der G.-O. das Recht, daß sie sich vor Erlass derartiger, der Arbeitsordnung angepaßter Ergänzungen, zu äußern haben. Wo aber ein Ausschuß besteht, da wird dieser Vorstoß durch Anhörung desselben genügt. Das war also nicht der Fall. Darauf wendeten sich die gesamten Ausschüsse wiederum an den Magistrat auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Für den Magistrat bestanden diese nicht. Er erklärte, wenn der Antrag in den einzelnen Betriebsausschüssen unter Beisein der Betriebsbeamten beraten sein, dann werde er dazu Stellung nehmen. Auf den Antrag eines Ressortausschusses sagte dann der betreffende Dirigent, daß dies über die Befugnisse des Ausschusses hinausgehe und dazu müsse erst eine Entscheidung der Stadtbehörde eingeholt werden. Eine Dienststelle schiebt es der anderen zu, dabei wird Zeit gewonnen und den Arbeitern die Weiterbehandlung verweigert, was dem eigentlichen Zweck entspricht, wenn der Arbeitgeber, unter Ausherdung der Bestimmungen der Gewerbeordnung,



derartige Teile der Arbeitsordnung auf dem Verwaltungswege erläßt.

Seit Jahren fordern die Arbeiter eines Werks in Magdeburg den Achtstundentag für die Betriebsarbeiter. Geschrieben und gesprochen ist genug darüber worden. Auf Beschwerdeführung bei der Stadtbehörde erklärte sie lakonisch, da weitere neue Gründe nicht beigebracht, sei der Antrag abzulehnen. Welche Gründe aber der Magistrat für seine Ablehnung hat, verschwie er wohlweislich. Warum? Nun er hätte eben keine! Darauf wieder erneute Anträge in gleicher Sache. Nach langem Hin und Her kam endlich eine Sitzung zustande. Der Betriebsleiter erklärte, daß der Magistrat darüber die Entscheidung treffen soll. Sieben Monate vergehen, eine Antwort des Magistrates auf das Protokoll der Ausschüßung geht nicht ein. Nun reicht der Ausschuß an den zuständigen Regenten abermals einen Antrag ein. Wochen und Wochen vergehen. Es rührt sich nichts. Die Röhren der Stadtverwaltung mahlen verdammt langsam.

Daß nun endlich den genaßführten Arbeitern der Geduldsfaden reißt, erscheint nur zu begreiflich. Sie haben eingesehen, daß eine Erledigung durch die sogenannte Arbeitervertretung im Ausschuß nicht möglich ist und übergeben diese Angelegenheit ihrer beruflichen Interessenvertretung.

Nach alledem kann man wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß die Arbeiterausschüsse völlig ihren Wert, der ihnen unberechtigter Weise beigemessen wird, verlieren, wenn man in der Erledigung von Arbeiterfragen so mit ihnen umspringt. Auf dem Papier macht sich diese Einrichtung ganz nett. Da heißt es, sie haben die Anträge, Wünsche und Beschwerden ihrer Mitarbeiter entgegenzunehmen und zu vertreten. Damit ist es doch aber nicht getan, denn die Erledigung dauert Wochen, Monate, und wenn sie „gründlich“ erledigt werden, sogar Jahre.

Werden nicht in den Arbeitsordnungen oder den Satzungen für die Ausschüsse Bestimmungen aufgenommen, daß die Körperschaft ein Recht auf Verhandlung und Erledigung durch die Unternehmer haben, und ihnen in einer kurz bemessenen Frist auf jeden Fall eine Antwort zuteil werden muß, dann ist es besser, die Arbeiterschaft verzichtet überhaupt auf das „konstitutionelle Fabrikssystem“, das nicht zu ihrem Vorteil, sondern zu ihrem Schaden ausschlägt, weil es den Gang der Verhandlungen nur verzerrt.

### Zur Lage der städtischen Arbeiter in Biebrich a. Rh.

Wir berichteten schon mehrmals, daß die Lage der städtischen Arbeiter hier noch eine geradezu trostlose ist. Wurden doch sogar bisher noch im Winter die miserablen Löhne von 2,40 Mk. usw. gezahlt. Dieser Mangelstand konnte nun wenigstens im vorigen Winter, nachdem sich die Kollegen der Organisation angeschlossen hatten, beseitigt werden. Damit war aber zunächst nur der erste Schritt getan, weitere mußten folgen. Die Organisationsleitung nahm daher eine Umfrage über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter den städtischen Arbeitern vor, aus deren Ergebnis ein reines Elendsbild hervorging. An der Statistik beteiligten sich 34 Mann, von denen 27 bei Straßenbau und -reinigung, 3 bei der Kanalreinigung und 4 in der Gärtnerei beschäftigt sind. Das Dienstalter schwankt zwischen 8 Monaten und 24 Jahren, das Lebensalter zwischen 19 und 70 Jahren, das Durchschnittsalter beträgt 42,85 Jahre. Daraus geht hervor, daß man es keineswegs nur mit lauter alten Leuten zu tun hat. Zwei Mann mit 20 resp. 24 Dienstjahren haben es auf den horrenden Lohn von 2,80 Mk. pro Tag gebracht. Die Löhne dieser 34 Mann sind folgende:

Straßenbau und -reinigung		8 Mann . . . 2,10 <sup>00</sup> Mk.	
1 Mann . . .	3,40 Mk.	8 . . .	2,00 .
1 . . .	3,20 .	Kanalreinigung	
8 . . .	3,00 .	1 Mann . . .	3,50 Mk.
2 . . .	2,80 .	2 . . .	3,10 .
2 . . .	2,70 .	Gärtnerei	
1 . . .	2,50 .	1 Mann . . .	3,50 Mk.
1 . . .	2,40 .	2 . . .	3,40 .
5 . . .	2,20 .	1 . . .	3,00 .

\* Hierunter ein Handwerker, welcher sich sämtliche Werkzeuge selbst stellen muß.

Danach beträgt der Durchschnittslohn bei Straßenbau und -reinigung 2,60 Mk., bei der Kanalreinigung 3,23 Mk. und bei der Gärtnerei 3,32 Mk., worunter sich natürlich die gelehrten Gärtner befinden. Der Gesamtdurchschnittslohn beträgt 2,73 Mk., unter demselben stehen noch 15 Mann. Außerdem haben diese 34 Arbeiter 70 Kinder zu ernähren und bei 14 muß die Frau auf Mitternacht außerhalb des Hauses gehen. Wemert sei noch, daß wir mit dieser Umfrage noch gar nicht einmal die allerniedrigsten Löhne erfasst haben, sonst würde das Gesamtbild noch erheblich trauriger aussehen. Aber schon dieses Resultat zeigt zur Genüge, wie es um die

Lage der städtischen Arbeiter bestellt ist. Die Stadtverwaltung in Biebrich kann darauf sicher nicht stolz sein.

Nach diesem Ergebnis gelangten die Kollegen zu dem Entschluß, sich mit einer Eingabe an den Magistrat zu wenden, womit sie die Organisation beauftragten. In derselben wurden folgende Forderungen aufgestellt:

#### 1. Einführung folgender Lohnskala:

Kanalpflüger . . .	4,00 bis 4,40 Mk.
Handwerker und Gärtner . . .	3,80 „ 4,20 „
Arbeiter . . .	3,20 „ 3,60 „

Die Löhne gelten als Tagelöhne und steigen pro Jahr um 10 Pf. Die bereits zurückgelegten Dienstjahre gelangen zur Anrechnung.

#### 2. Bezahlung der in die Woche fallenden geschäftlichen Feiertage.

3. Die Lohnzahlung soll auf Freitags verlegt werden und bis zum Arbeitschluss beendet sein.

#### 4. Einführung der 14tägigen Kündigungsfrist.

5. Lieferung sämtlicher Werkzeuge für Handwerker und Arbeiter auf Kosten der Stadt.

Diese außerordentlich bescheidenen Forderungen nebst ausführlicher Begründung wurden am 17. Februar dem Magistrat durch die Verbandsleitung zugestellt und man hätte annehmen können, daß diese auch erfüllt würden. Die Herren vom Magistrat wollten es aber anders. Inzwischen hatte man nämlich ohne jede vorherige Bekanntmachung und Erlaß von Bestimmungen ganz plötzlich einen Arbeiterausschuss wählen lassen, um sich auf diese Weise die Organisation vom Hals zu halten und lehnte es dann unter Hinweis auf das Vorhandensein eines Ausschusses ab, die vom Verband eingereichten Forderungen überhaupt zu behandeln. Um nun aber solchen Prinzipienmenschen auch diesen Vorwand zu nehmen, reichte auch der Arbeiterausschuss dieselben Forderungen nochmals ein. Das war den Herren nun zweifellos recht unangenehm, denn sie mußten nun Farbe bekennen, ob sie die erbärmliche Lage der städtischen Arbeiter verbessern wollten oder nicht. Aus dieser Situation glaubte sich der Magistrat am besten dadurch herauszuhelfen, indem er einem geringen Bruchteil der Arbeiter einen Betschpfennig zulegte, was er auch dem Ausschussvorsitzenden schriftlich mitteilte, alle anderen Punkte dagegen wurden abgelehnt. Soweit wie wir es feststellen konnten, erhielten von diesen 14 Mann 6 eine Zulage von 20 Pf. und 8 Mann 10 Pf. Damit glaubt der Magistrat sein sozial:es Gewissen salbiert zu haben. Wenden tut sich dadurch so gut wie gar nichts an den trostlosen Zuständen, sondern das ist noch einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch wird der Magistrat dadurch seine Absicht, Uneinigkeit in die Reihen der städtischen Arbeiter zu streuen, nicht erreichen, sondern im Gegenteil sagen sich die Arbeiter jetzt, nun müssen wir erst recht zusammenhalten, damit grundlegende Verbesserungen erreicht werden können. Die Kollegen sind auch keineswegs gewillt, sich mit solchen Broden abpeisen zu lassen, sondern werden ihre berechtigten Forderungen aufs neue und mit aller Deutlichkeit erheben.

Wie der Biebricher Magistrat aber trotz dieser Tatsachen es versteht, nach außenhin die Sache als glänzend zu zeigen, wollen wir nur an einem Beispiel dartun. Als im vorigen Herbst die neue Kläranlage fertiggestellt war, wurden auch die Bau- und Unterhaltungskosten nebst den Kanälen dafür aufgestellt. Nach einer Veröffentlichung dieser Kostenaufstellung in der „Biebricher Tagespost“ vom 22. September 1910 sind darin 8 Kanalarbeiter und 1 Hilfsarbeiter in der Kläranlage mit einem Tagelohn von 4 Mk. vorgesehen. Auf diese Weise werden die Betriebskosten künstlich erhöht und die Öffentlichkeit getäuscht. Die Arbeiter entlohnt man aber, wie wir schon oben zeigten, mit 3,10 Mk. und 3,40 Mk. Also nur der Öffentlichkeit gegenüber hält man einen Lohn von 4 Mk. für erforderlich, auskommen, oder besser gesagt hungern, können aber die Arbeiter mit erheblich weniger.

Noch auf eine andere Art versucht der Magistrat seine soziale Rückständigkeit zu beweisen, indem er jetzt zum Sommer Entlassungen vornimmt, wovon zunächst die betroffenen werden, von denen man annimmt, schuld daran zu sein, daß sich die städtischen Arbeiter der Organisation angeschlossen haben. Als Grund gibt man Arbeitsmangel an, woran wohl aber die Bauamtsverwaltung und der Magistrat selbst nicht glauben. Unter den Entlassenen befindet sich auch ein Arbeiter, der sich nicht mehr ganz in seiner normalen Körperbeschaffenheit befindet, die beim Bauamt zu verrichtenden Arbeiten aber voll und ganz leisten konnte. Derselbe erhielt auch nur 2 Mk. Tagelohn, wovon ihm im vorigen Winter noch im Jahr vorher erhaltene Armenunterstützung in Abzug gebracht wurde. Der Mann bekommt aber infolge seiner Beschaffenheit nirgends Arbeit und läuft jetzt schon wochenlang ohne jeden Verdienst herum, auch die Gewährung von Armenunterstützung hat man ihm abgelehnt. Dagegen versucht man den Mann von Biebrich abzuschieben, indem man ihm Arbeit auf einer Ziegelei in Westfalen



anbot. Würde nun der Mann selbst versuchen, dorthin zu kommen, abgesehen davon, daß er diese Arbeiten überhaupt nicht verrichten kann, dann würde er, wie das schon voriges Jahr einmal der Fall war, vielleicht schon unterwegs wieder erkranken und auf Kosten der Stadt Dieblich zurückgebracht werden. Daß es unter diesen Umständen viel besser ist, wenn der Mann bei der Stadt ruhig weiterbeschäftigt wird, sehen die wohlgenährten Herren auf dem Dieblicher Rathaus nicht ein, sondern man läßt den armen Teufel getrost weiter hungern, mag er sterben oder verderben, die Hauptsache ist, daß der findige Geist des Magistrats es fertig gebracht hat, einem armen unglücklichen Menschen auch noch die letzte Möglichkeit der Selbsterhaltung zu nehmen. Ja, auf Rathhäusern wohnen sozialer Geist und Menschenliebe.

## Zur Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter Freibergs.

Unter dem 16. Februar wurde der Arbeiterschaft des Gaswerks vom Stadtrat mitgeteilt, daß die neue Arbeitsordnung genehmigt sei und am 1. März in Kraft trete. Weiter wurde bekanntgegeben, daß zur Vermeidung von Lohnausfällen durch die Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung von Pausen für die Betriebsarbeiter die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt seien und nur noch der Genehmigung des Stadtverordnetenkollegiums bedürften; was ja auch später geschah.

Man sollte nun annehmen, daß angesichts solch klaren Bescheides keinerlei Verzögerungen entstehen würden. Es kam aber anders und die Geduld unserer Kollegen wurde einer großen Belastungsprobe unterworfen. Bei der Lohnauszahlung am 2. März nämlich erklärte der Betriebsdirektor des Gaswerkes, daß die neuen Lohnsätze noch nicht ausbezahlt werden könnten, da sich das Stadtverordnetenkollegium nochmals mit der Sache beschäftigen müsse; es könne aber höchstens 14 Tage dauern und dann würden die erhöhten Lohnsätze nachgezahlt. Nach Lage der Sache mußten sich unsere Kollegen wohl oder übel mit diesem Bescheid abfinden.

Den Arbeitern des Bauamtes war schon am 8. Dezember 1910 mitgeteilt worden, daß im neuen Jahre nicht mehr länger als wie zehn Stunden gearbeitet werde und daß hinsichtlich etwa eintretender Lohnausfälle von Fall zu Fall Beschluß gefaßt werden solle. Dieser Bescheid zeichnet sich ja nun nicht gerade durch große Klarheit aus, immerhin geht aber doch wohl soviel daraus hervor, daß auch hier durch die Verkürzung der Arbeitszeit kein Lohnausfall eintreten solle.

Am 1. April trat wohl die verkürzte Arbeitszeit in Kraft, die Lohnsätze aber blieben die gleichen wie vorher. Einige Zeit saßen sich unsere Kollegen das mit an, weil sie sich sagten, es muß sich ja doch noch regeln. Aber Woche um Woche verging, ohne daß an der Lohnfrage etwas geändert wurde.

Es wurde dann eine Kommission gewählt, welche sich zum Rechtsanwalt Tschöner begab, der in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter die Sache im Kollegium behandelte. Dieser war sehr erstaunt, als er hörte, daß die erhöhten Löhne noch nicht ausbezahlt wären. Er versprach nun sein möglichstes, um die Angelegenheit in befriedigender Weise zu erledigen. Diese Unterredung fand am 17. April statt, trotzdem verging wiederum eine Stadtverordnetensitzung nach der anderen und es blieb beim alten. Da fing unseren Kollegen die Geduld an auszugehen. Der Fiskalvorstand wandte sich nunmehr schriftlich direkt an den Oberbürgermeister mit dem dringenden Ersuchen, angesichts der steigenden Erregung der Arbeiterschaft die Lohnfrage zur baldigen Erledigung zu bringen. Dieses Schreiben zog; schon ein paar Tage später traf die Antwort des Oberbürgermeisters ein und sie zeigt mit aller Deutlichkeit, mit welchen Schwierigkeiten und Hindernissen eine Lohnregelung der städtischen Arbeiter zu rechnen hat. Nichts verursacht den Herren so viel Bedenken und Erwägungen als wie diese Frage, es ist gerade als ob die ganze finanzielle Grundlage der Stadt dabei in Gefahr gerate. Der Oberbürgermeister schreibt, daß die beabsichtigte Lohnregelung beim Inkrafttreten der neuen Arbeitsordnung nicht möglich gewesen sei, weil die pensionsberechtigten Maschinenwärter des Gaswerkes mittlerweile auch ein Gesuch um Gehaltserhöhung eingereicht hätten, welches hierbei mit beraten werden mußte. Der Stadtrat habe dann in seiner Sitzung vom 28. März über die Verwendung der im Haushaltsplan bewilligten Mittel zur Lohnerhöhung Beschluß gefaßt und den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet. Dem Kollegium aber sei es bisher (am 11. Mai) nicht möglich gewesen, diese Vorlage zu beraten. In der

Sitzung vom 7. April sei der dazu bestellte Referent verhindert gewesen, die für den 21. April anberaumte Sitzung sei ganz ausgefallen und in der am 5. Mai stattgefundenen Sitzung sei dieser Punkt der weit vorgeschrittenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt worden. Aber — so heißt es nun tröstend weiter — in der Sitzung am 12. Mai stehe die Verabschiedung dieser Ratsvorlage zu erwarten, wenn — ja, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen komme. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand denn auch die Lohnfrage, sie wurde aber — wie üblich — in die geheime Sitzung verwiesen, so daß wir über die Verhandlungen nicht berichten können. Am 26. Mai endlich wurden die erhöhten Löhne auf Heller und Pfennig ab 1. März nachgezahlt. Es sind genau 70 Tage vergangen, ehe diese Angelegenheit ihren befriedigenden Abschluß fand. Es geht doch nichts über die Grundsätzlichkeit!

Nicht so zufriedenstellend ist der Verlauf der Lohnfrage beim Bauamt. In dieser Sache schrieb der Oberbürgermeister, daß entsprechend dem Beschluß des Bauamtes vom 8. Dezember 1910 dem größten Teil der Bauamtsarbeiter ihrer Arbeitsleistung entsprechenden Lohnerhöhungen bewilligt wären.

Dazu müssen wir bemerken, daß wohl eine Anzahl Bauamtsarbeiter eine Zulage erhielt — man hat recht tief in den Beutel gegriffen, indem man gleich einen ganzen deutschen Reichspfennig zulegte — doch damit ist dem Beschluß vom Dezember nicht Rechnung getragen. Denn mit den Pfennigzulagen ist der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstandene Lohnausfall nicht ausgeglichen, es bleibt auch bei den mit der Pfennigzulage „beglückten“ Arbeitern noch immer eine Differenz von täglich 20 Pf. Man müßte 3 Pf. pro Stunde zulegen, dann erst wäre ein Lohnausfall vermieden worden. Der Beschluß des Bauamtes vom 8. Dezember ist also nicht zur Ausführung gebracht worden. Wer die Schuld trägt, wissen wir noch nicht.

Wenn wir nun so in aller Ausführlichkeit über den Verlauf dieser Lohnbewegung berichtet haben, so deshalb, um zu zeigen, mit welchem Ach und Aber einer Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter begegnet wird. Wenn es sich darum handelt, für irgend einen anderen Tausende von Mark zu bewilligen, da ist im Sandumdrehen die Geschichte erledigt.

Unsere Freiburger Kollegen aber sollten hieraus erkennen, wie notwendig Arbeitervertreter im Stadtparlament sind. Mögen unsere Kollegen bei der nächsten Wahl die Konsequenzen ziehen. Und nicht zu vergessen bleibt die Stärkung der Organisation. Nach außen, besonders aber auch nach innen. Wir müssen dahin kommen, aus den Mitgliedern der Filiale, die sich ja in den letzten Wochen erfreulicherweise recht vermehrt haben, feste, überzeugte Verbandskollegen zu machen, dann können wir derartigen Verschleppungen energisch entgegenreten.

Eins möchten wir noch zu dieser Sache bemerken. Der Herr Oberbürgermeister hat sich in seinem Antwortschreiben als ein recht naiver Herr gezeigt. Es heißt wörtlich in seinem Schreiben: „Ein Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Freiberg, ist hier polizeilich nicht gemeldet. Ich bitte, mir näheres über diesen Verband mitzuteilen und seine Satzungen zuzustellen.“ — Ja, was soll man dazu sagen, wenn ein Oberbürgermeister so schreibt? Am besten ist es, man enthält sich seiner Meinungsäußerung und denkt sich dabei allerlei!

## Wie man in Gießen die Forderungen der städtischen Arbeiter behandelt.

Bekanntlich fehlt den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter in Gießen noch jede einheitlich geregelte Grundlage. Obwohl in allen auch nur etwas sozial fortgeschrittenen Kommunen bereits Arbeitsordnungen und feste, nach dem Dienstalter steigende Lohnstufen eingeführt wurden, hat man sich in Gießen noch nicht auf diese minimale Höhe sozialer Notwendigkeiten emporschwingen können. Die städtischen Arbeiter ergriffen daher die Offensive und reichten im Dezember 1909 durch den Arbeiterausschuß eine Eingabe an die Bürgermeisterei und Stadtverordnetenversammlung ein, in welcher sie um Einführung einer Arbeitsordnung und eines Lohnstufens unter Erhöhung der gegenwärtigen Löhne ersuchten. Damals beschwor der Bürgermeister erst noch einen Prinzipienstreit darüber herauf, ob der Arbeiterausschuß auch den richtigen Weg mit der Eingabe gegangen ist. Als dann im Mai 1910 der Arbeiterausschuß den dem Herrn Bürgermeister im Wege liegenden Strohballen durch Sitzung weggenommen hatte, glaubten die Arbeiter mit Recht, daß nun die Eingabe in kurzer Zeit erledigt sein wird. Wie sehr sie sich aber getäuscht hatten, beweist



die Tatsache, daß sie heute, nach einem Jahr, immer noch darauf warten. Ob die Mühlen der Bürgermeisterei in anderen Fällen, wenn es sich zum Beispiel um Fürstenbesuche usw. handeln würde, auch so langsam mahlen würden, ist eine andere Frage. So handelt es sich ja aber nur um gewöhnliche Arbeiter. . . . Die städtischen Arbeiter haben sich auch schon zu wiederholten Malen mit der Eingabe in Versammlungen beschäftigt und diesbezügliche Resolutionen an die Bürgermeisterei gefandt, in welchen sie um baldige Erledigung der Eingabe ersuchten. Das geschah zum Beispiel in den Versammlungen am 16. April und 23. September 1910 und am 10. Februar 1911. Bei der zweiten Versammlung hat der Bürgermeister vorher den Vorsitzenden des Arbeiterausschusses zusehen lassen, und diesen ersucht, in der Versammlung mitzuteilen, daß die Vorberatungen darüber bald abgeschlossen sind, die lange Verzögerung aber darauf zurückzuführen sei, daß einzelne Betriebsversammlungen, besonders die des Elektrizitätswerks, wo nebenbei bemerkt noch die schlechtesten Löhne gezahlt werden, solange mit ihren Antworten haben warten lassen. Als die letzte Versammlung im Februar einberufen wurde, hat der Bürgermeister wieder vorher ein Schreiben folgenden Inhalts an den Arbeiterausschuß gerichtet:

Ihre Eingabe vom 11. Mai v. J. wegen Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter ist wiederholt Gegenstand eingehender Beratung mit den betreffenden städtischen Dienststellen gewesen. Ihre Eingabe und die Vorschläge der städtischen Renter sind den Mitgliedern der zuständigen Deputationen mitgeteilt worden und werden in Kürze in einer gemeinschaftlichen Sitzung dieser Deputationen beraten werden, um der Stadtverordnetenversammlung zweckdienliche Vorschläge zu machen.

Wie die in dem Schreiben angedeutete „Kürze“ aufzufassen ist, geht daraus hervor, daß nun schon wieder über drei Monate verfloßen sind, ohne daß das geringste in dieser Sache geschehen wäre.

Da einen reichlichen Monat nach dieser Versammlung immer noch nichts merkbar war, wurden am 25. März die Vertreter der Organisationen beim Bürgermeister vorstellig, um sich persönlich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen. Hier sagte der Bürgermeister ungefähr dasselbe, was bereits in dem Schreiben an den Arbeiterausschuß zum Ausdruck kam. Weiter versprach er, daß die Eingabe in der ersten Stadtverordnetenversammlung nach Ostern vorgelegt und beraten werden soll. Nochmals nahm die Arbeiterschaft Rücksicht darauf und wartete auch diese Zeit geduldig ab. Nun haben aber bereits zwei Sitzungen der Stadtverordneten stattgefunden, ohne daß die versprochene Erledigung der Eingabe erfolgt wäre. Es hat sich daher nunmehr der städtischen Arbeiter eine ziemlich starke Erregung bemächtigt, die auch nur zu erklärlich erscheint, wenn man in Betracht zieht, daß sie nun schon 15 Monate am Marrenseil herumgezogen werden. Die Bürgermeisterei braucht sich daher gar nicht zu wundern, wenn sich bei den Arbeitern angelagerte Unruhe einmal auf eine ihr recht unangenehme Weise entladen sollte. Sie mag daher zeitig genug gewarnt sein, und die Geduld der Arbeiter auf keine allzu harte Probe stellen.

Wie es übrigens um die Lage der städtischen Arbeiter bestellt ist, wollen wir nur an zwei Beispielen zeigen. Im Elektrizitätswerk, dem Reich des Herrn Stolle, der von seinen Arbeitern die peinlichste Pflückerfüllung verlangt und diese sogar des Nachts aus sicheren Verstecken heraus überwacht, sind noch Handwerker mit 88 und 84 Pf. Stundenlohn beschäftigt, was geradezu als eine jämmerliche Bezahlung bezeichnet werden muß. Bei einer „Pfennigzulage“, die im Frühjahr gegeben wurde, hat Herr Stolle säuberliche Aussprüche gehalten, so daß viele nichts erhalten haben. Bei den Kanalreinigern, die bekanntlich eine schwere und ungesunde Arbeit zu verrichten haben, hat ein Mann selbst aufgehört, welcher 87 Pf. Stundenlohn hatte und auch von einer „Pfennigzulage“ im Frühjahr ausgeschlossen wurde. Dieser Mann war mit 35 Pf. eingestellt worden und hat es erst nach einer ganzen Reihe Dienstjahre auf 37 Pf. gebracht. Der neue Mann, welcher nun an dessen Stelle eingestellt wurde, erhält sogar nur 34 Pf. Das ist ein Schundlohn für diese Arbeiten. Es wird daher höchste Zeit, daß bald einmal feste Normen für Lohnfestsetzung geschaffen werden, und so der Willkür ein Riegel vorgeschoben wird.

Weiter ist laut geworden, daß die Bürgermeisterei beabsichtige, eine Betriebskrankenkasse für die städtischen Arbeiter zu errichten. Sobald die Reichsversicherungsordnung im Reichstag durchgeprüft ist. Sollte sich dieses im Umlauf befindliche Gerücht bewahrheiten, dann wollen wir der Bürgermeisterei schon heute sagen, daß sich die Arbeiter einhellig dagegen zur Wehr setzen werden.

Die städtischen Arbeiter können aber daraus erkennen, daß man nicht nur nicht ihren berechtigten Forderungen entspricht, sondern sogar noch Verschlechterungen für sie in Aussicht genommen hat. Sie mögen daher noch mehr als bisher die Werbetrümmel schlagen,

um sämtliche städtischen Arbeiter in ihrer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zu vereinigen. Denn nur dann, wenn sie eine geschlossene Macht darstellen, wird man sie respektieren. R. R.

## Aus den Betrieben des Münchener Stadtbaumes.

Dem Arbeiterausschuß des Stadtbaumes wurde durch unsere Organisation eine Anzahl Anträge zur Beratung bezw. beschleunigten Ueberweisung an den Magistrat zugeleitet. Neben Wiederholungen früher schon einmal eingebrachter Anträge, die vielfach der Ablehnung der einzelnen Instanzen verfielen, handelt es sich diesmal zum Teil um Wünsche, die verdienen, etwas näher erörtert zu werden.

Bekanntlich unterstehen die städtischen Arbeiter mit Ausnahme jener, welche in Betrieben tätig sind, die Ueberlässe an den Stadtsäckel abliefern, nicht den Gewerbegerichten. Für sie bestehen lediglich die oft zum großen Teil sehr verlausulierten Bestimmungen der Arbeitsordnung. In allen Fällen von Streitigkeiten, die sich aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis ergeben, entscheidet der Magistrat endgültig. Den Betrieben werden allerdings zur leichteren Handhabung der wichtigsten Bestimmungen eigene Ergänzungs- oder Ausführungsbestimmungen beigegeben, die jedoch den Arbeitern meist unzugänglich sind. Fällt nun z. B. in irgendeiner Angelegenheit die Entscheidung des Magistrats zuungunsten des Arbeiters aus, so kann sich dieser sein Recht nur vor den ordentlichen Gerichten suchen. Daß aber ein solcher Schritt neben bedeutendem Kostenaufwand, Schreibereien usw. meist nicht ohne Eindruck auf das Arbeitsverhältnis bleibt, dürfte außer Zweifel stehen. Im beiderseitigen Interesse wäre deshalb zu wünschen, daß der Magistrat dem Verlangen, die städtischen Arbeiter ohne Ausnahme den Gewerbegerichten zu unterstellen, oder der Errichtung eines Tarifamtes Rechnung tragen würde. Daß diese Forderung gerechtfertigt ist, beweist auch der Umstand, daß selbst die Arbeiter der gewerblichen städtischen Betriebe an das Gewerbegericht gehen können, wenn der Magistrat seine Entscheidung in einem Streitfall getroffen hat, dieselbe jedoch nicht zu Gunsten des Arbeiters erfolgte.

Neben diesem wichtigen Antrag verweisen die städtischen Arbeiter auf die von beiden Kollegien beschlossene bezw. in Aussicht gestellte Regelung der Entfernungszulagen. Zwar erfolgte keine Regelung im Sinne unseres Vorschlages vom 20. Juni 1910, sondern es sollen lediglich Härten, die jetzt der Gewährung von Entfernungszulagen vielfach anhaften, durch Erlass sogenannter „Vollzugsvorschriften“ beseitigt werden. Es ist dies eine bringende Notwendigkeit. Denn nach den gegenwärtig noch bestehenden Ergänzungsbestimmungen werden Entfernungszulagen nur bei Arbeiten, die nicht wiederkehren, gezahlt. Aber selbst solche Arbeiten unterscheiden sich wieder durch sogenannte „Notstandsarbeiten“, die im Winter ausgeführt werden, um angeblich der Arbeitslosigkeit zu steuern, wofür dann Entfernungszulagen nicht gezahlt werden. Voraussetzung für die Gewährung von Entfernungszulagen ist unter anderem, daß die Arbeitsstelle  $\frac{3}{4}$  Kilometer vom Stadtzentrum, sowie von der Wohnung des Arbeiters entfernt sein muß. Darin liegt die größte Härte. Denn angenommen, es fehlen von den  $\frac{3}{4}$  Kilometern kaum 100 Meter — und das ist sehr oft zu verzeichnen — so wird die Zulage nicht gewährt, trotzdem der Arbeiter vielleicht 10 Kilometer und mehr täglich von seiner Wohnung aus zurücklegen muß. Bedenkt man noch den an sich niedrigen Grundlohn von 3,80 Mk., der für solch schwere Arbeit bezahlt wird, wovon der Arbeiter täglich noch 30 Pf. für die Benutzung der Straßenbahn aufwenden muß, so wird sich keiner wundern, wenn die Abneigung für solche Arbeiten immer größer wird. Es ist lediglich die „Wohlfahrtsplage“, das Bewußtsein, auf Grund seiner Dienstjahre Anteil an einigen „sozialen Vergünstigungen“ zu haben, die den Arbeiter von seinem Entschluß, die Arbeit am Straßenbau zu meiden, abbringen. Es dürfte dem Magistrat deshalb auf das eindringlichste zu empfehlen sein, die in Aussicht stehenden Vollzugsbestimmungen so auszubauen, daß dem Wünsche aller städtischen Arbeiter Rechnung getragen wird. Dieses kann dadurch ermöglicht werden, daß man unserem Antrag stattgibt, wonach Entfernungszulagen von täglich 40 Pf. in jedem Fall zu zahlen sind, ganz gleich, ob es sich um vorübergehende oder wiederkehrende Arbeiten handelt. Die Zulage soll aber auch gezahlt werden, wenn die Arbeit vom Stadtzentrum keine  $\frac{3}{4}$  Kilometer entfernt liegt, der Arbeiter aber einen Weg von 5 Kilometer in der Luftlinie gemessen zurücklegen muß. Diese Bestimmungen sollen außerdem auch für die Gasarbeiter Anwendung finden, denn dort hat man bis heute überhaupt noch keine Entfernungszulagen bezahlt.



Nicht minder wichtig ist ferner eine Zulage von täglich 40 Pf. für Straßenbauarbeiter, welche bei Straßenneubauten oder größeren Reparaturarbeiten beschäftigt werden. Zwar wäre eine Erhöhung des Grundlohnes um diesen Betrag geboten, allein es würde sich die dadurch notwendige Abänderung der Lohn tafel sehr in die Länge ziehen.

Bei der Abteilung Straßenbau hat sich ein völliger Umschwung in den letzten Jahren vollzogen. An Stelle unserer Pflasterbauarbeiter, welche in früheren Jahren die Straßen aufzureihen hatten, ist die Maschine, der Aufreißer, getreten, der sich durch seine Leistungsfähigkeit im allgemeinen besonders bewährt. Statt der Achsen, die dann das Material zu transportieren haben, bedient man sich der Rollwagen. Zu diesem Zweck wurden jetzt auch Kraftwagen erbaut, die je nach Entfernung täglich 50 Kubikmeter und mehr Land befördern, was circa 50 Achsenfahrten gleichkommt, usw. Diese Einrichtungen, welche unsere Stadtverwaltung für die Rentabilität ihrer Betriebe sehr förderlich sind, erfordern aber auch, daß man den Arbeitern Rechnung trägt, indem man unserem Antrag die weitgehendste Berücksichtigung angedeihen läßt.

Bei den Anträgen beteiligt finden wir auch die Kanalarbeiter. Neben dem Wunsche auf Einführung der ungeteilten Arbeitszeit verlangen sie auch eine tägliche Lohnerhöhung von 40 Pf. bezw. Beförderung in Lohnklasse V der Lohn tafel. Auch die Bezahlung der geleisteten Arbeitsstunden bei der Nachjour ist eine nur allzu berechnete Forderung.

Die Gärtner von der Abteilung Gartenbau verlangen eine gerechtere Festsetzung ihrer Grundlöhne. Die Lohn tafel sieht bei den Gärtnern zwei Gruppen vor, jene der unständigen und die der ständigen Gärtner. Während die unständigen Gärtner in die Lohnklasse IV versetzt zu werden wünschen, was einer täglichen Verbesserung von 40 Pf. gleichkommt, verlangen die ständigen Gärtner die Einreihung in Lohnklasse VI. Dieser Regelung wird man die Berechtigung nicht abzuerkennen vermögen, da diese Verschiebung selbst im Ansehen des Betriebes nötig ist.

Zum Schluß sei noch an einen Antrag unserer Kollegen von den Steinhäusern gedacht, die eine tägliche Entschädigung von 40 Pf. verlangen, wenn sie von einem Steinlagerplatz zum anderen versetzt werden. Auch dieser Wunsch verdient entsprechende Würdigung, da sich im Interesse dieses Betriebes Versetzungen von einem Lagerplatz zum anderen nie vermeiden lassen.

Alle diese Anträge, welche von dem Arbeiterausschuß einstimmig dem Magistrat zur Durchführung übermittelt wurden, lassen wohl erwarten, daß sie auch bei der Stadtverwaltung Gehör finden. Vorausgesetzt, daß die indifferenten Kollegen sich endlich aufrufen und an unseren Bestrebungen teilnehmen. J. Weich.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

(Schluß.)

### III. Die Finanzgebarung der Gewerkschaftskartelle.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge der Gewerkschaften, die in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen erhoben 847 einen solchen Beitrag.

Darunter befinden sich 109, die getrennte Beitragsleistung für das Kartell und das Sekretariat bezw. die Auskunftsstelle haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Jahresbeitragsatz bis höchstens 20 Pf. beträgt 70 gleich 10,7 Proz. Ein Beitrag von 21 bis 40 Pf. erheben 218 Kartelle gleich 33,2 Proz. 252 Kartelle gleich 38,4 Proz. erheben einen Beitrag von 41 bis 100 Pf. Bei 98 Kartellen gleich 14,9 Proz. bewegt sich der Beitrag zwischen 101 bis 200 Pf. und bei 9 Kartellen gleich 1,4 Proz. geht die Beitragsleistung über 200 Pf. hinaus.

Seit dem Jahre 1900 hat sich die Beitragsleistung wiederum, wenn auch nicht so erheblich wie in den Vorjahren, nach aufwärts bewegt. Die Erhebung zu hoher Kartellbeiträge liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften. Die Lokallassen der Zweigvereine werden dadurch so stark belastet, daß für die Erfüllung anderer organisatorischer Aufgaben nicht genügend Mittel verbleiben. Legt man aber den Mitgliedern zu hohe Extrabeiträge auf, so wird dadurch der Ausdehnung der Gewerkschaften Abbruch getan. Man sollte es sich daher in den Kartellen reiflich überlegen, bevor man zur Schaffung von kostspieligen Einrichtungen übergeht, die eine starke finanzielle Belastung der Gewerkschaften mit sich bringen.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 648 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 733 614 M., an Streiksammlungen 660 217 M. und an sonstigen Einnahmen aus den Ueberschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen usw. 303 534 M. Die Gesamteinnahme betrug 1 787 365 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1 701 602 M. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilt: Agitation 104 205 M., Arbeitervertreterwahlen 34 067 M., statistische Erhebungen 4427 M., Gewerkschaftshäuser und Versam-

lungssäle 98 960 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 26 534 M., Sekretariate und Auskunftsstellen 222 519 M., Bibliotheken und Lesezimmer 74 708 M., Streiks 669 607 M. (davon aus den Kartellkassen 23 447 M.), Verwaltungslosten, sachliche und persönliche, 181 737 M., sonstige Ausgaben 283 948 M. Unter den Ausgabe-posten für Verwaltung sind vielfach auch Kosten für Auskunfts-erteilung und Sekretariate verrechnet worden; in welcher Höhe läßt sich aus den Massenberichten nicht feststellen.

Die Massenbestände der 648 Kartelle betragen insgesamt am Schlusse des Jahres 1909 505 937 M. und am Schlusse des Jahres 1910 591 700 M. Es ist demnach eine Vermehrung der Massenbestände von 85 763 M. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Rechnung, so ergibt sich für das Jahr 1910 gegenüber dem Jahre 1909 eine Vermehrung der Einnahmen von 150 519 M. und eine Erhöhung der Ausgaben von 86 582 M. Die Ausgaben haben sich unter anderem erhöht bei den Posten: Agitation um 12 490 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle um 29 617 M., Bibliotheken und Lesezimmer um 18 715 M. und bei der Unterstützung der Streiks aus den Kartellkassen um 1629 M.

Veranlaßt durch den Aufruf der Generalkommission fanden im Jahre 1910 umfangreiche Sammlungen statt zur Unterstützung der Ausgesperrten im Baugewerbe. Von 389 Kartellen wurden insgesamt 660 217 M. durch Sammlungen aufgebracht, außerdem wurden von 158 Kartellen 23 447 M. an Unterstützung aus den Kartellkassen geleistet. Von der Streikunterstützung wurden 42 310 M. an Orte verwandt und 627 288 M. der Generalkommission überwiesen. Ein Teil der Kartelle hat jedoch die Sammlungen nicht im Massenbericht aufgenommen, da die Summen lediglich Durchgangsposten darstellen. Es ergibt sich das daraus, daß die Generalkommission über die Summe von 701 677 M. als von den Kartellen eingegangen quittierte. Die Massenbewußte Arbeiterschaft hat durch diese Ausbringung von finanziellen Mitteln wiederum einen schönen Beweis ihrer Solidarität erbracht.

Die Jahresstatistiken der Generalkommission haben unzweifelhaft auf die Entwidlung der Kartelle einen äußerst günstigen Einfluß ausgeübt. Sie gaben uns nicht nur seit 10 Jahren eine fortlaufende, lehrreiche Uebersicht über einen wichtigen Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sondern sie dienten auch den Kartellen als Richtschnur zur Erfassung und Erfüllung ihrer Aufgaben.

Mögen die Kartelle der Gewerkschaften auch fernerhin in dem gleichen Geiste ihre fruchtbringende Tätigkeit entfalten zum Wohle der Massenbewußten deutschen Arbeiterschaft.

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

### Vom Reichstag.

Berlin, 2. Juni 1911.

Am Mittwoch dieser Woche, drei Tage vor Pfingsten, hat sich endlich der Reichstag bis zum Oktober dieses Jahres vertagt.

Die letzten Sitzungen waren wahre Dauer- und Kartersitzungen; zehn und mehr Stunden dehnte sich jede aus. Ihm und mehr Beratungsgegenstände wurden schließlich in einzelnen von ihnen erledigt. So der neue Handelsvertrag mit Schweden, ein Handelsabkommen mit Japan, das Gesetz über die Beseitigung von Tierkadavern, die Umzugs- und Fahrlostenordnung für die Angestellten in den Kolonien, Rechnungssachen aus zurückliegenden Jahren, eine Veränderung im Rindwarenfleischgesetz, eine Resolution über die Unentgeltlichkeit des Beerenlesens in Staatsforsten, Petitionen, schließlich auch noch eine Diätenordnung für die außerordentlichen Sitzung des Reichstages im Herbst: denn vom 10. Oktober bis etwa 6. Dezember soll der Reichstag zu neuen Taten zusammentreten. Die meisten dieser Gegenstände wurden schließlich im Eilzugtempo durchgepeitscht. Denn alles drängte zum Schluß, nach Hause, in die Ferien oder, die meisten, in die eigene eigentliche Berufsarbeit, die während der Session von jedem Abgeordneten vernachlässigt werden muß, der nicht bloß als Statist und Stimmvieh im Reichstag sich aufhalten will.

Aus der Flucht dieser vielen Beratungsgegenstände ragte in dieser Woche nur ein Punkt gigantisch hervor: die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung und eines dazu gehörigen Paragrafenwerkes (es enthält genau 1762 Paragrafen!) von den Vertretern der aufrecht denkenden Arbeiterschaft heftig beantragt. Noch einmal machten die Sozialdemokraten, unterstützt von einer kleinen Anzahl Freijünger, den Versuch, zu retten und zu verbessern, was an dem Gesetz noch irgendwie im Interesse der Arbeiterschaft zu verbessern schien. Auch dieser letzte Versuch aber ist mißlungen. Eifern hielt der Arbeitererentungsblock, bestehend aus den Konservativen, Antisemiten, Polen, Zentrum und Nationalliberalen, zusammen, und schlug alle, auch die heftigsten und geschicktest geführten Angriffe der Linken ab. Ja, noch mehr. Unterstützt von den Mätern der Regierung, fügten sie noch einige neue Verschlechterungen in das ohnehin



schon schlechte Gesetz ein. So die eine, wonach auf dem Lande nur für vier Wochen Wöchnerinnengeld gezahlt zu werden braucht, während in den Städten acht Wochen lang gezahlt werden kann: die Arbeiterfrauen auf dem Lande müssen also schon zwei Wochen nach der Niederkunft wieder in die Sklavenskon der Junker und Großbauern hinein, während städtische Arbeiterinnen wenigstens sechs Wochen lang ruhen und sich ihren Säuglingen widmen können! Schließlich, beim Einführungsgesetz, versuchten die Blauschwarzen sogar noch einen besonderen Ueberrumpelungsversuch. In letzter Stunde beantragten sie Änderungen, die das ohnehin schwer geschädigte Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen in bezug auf die Abschließung von Anstellungsverträgen mit ihren Beamten von neuem um ein gutes Stück einschränken sollten. Da aber erhoben sich die Sozialdemokraten wie ein Mann und kündigten sofortiges Eintreten in eine mit allen zulässigen Mitteln zu betreibende Obstruktion an. Ihre Anwendung hätte zur Folge gehabt, daß die Gewerkschaften gezwungen gewesen wären, womöglich weit über Pfingsten hinaus zusammenzubleiben und zu tagen. Darauf waren sie aber weder gefaßt noch eingerichtet. Und so zogen sie den größten Teil ihrer böswilligen Pläne zurück; der Rest aber war harmloser, so daß die Sozialdemokraten zwar natürlich dagegen stimmten, aber doch ihren Plan der Obstruktion nicht auszuführen brauchten. Und das war gut so. Denn Obstruktion ist die letzte Kampfweise in jedem Parlament; die aber darf nur in den alleräußersten Fällen angewendet werden.

Schließlich erfolgte die letzte, die Gesamtabstimmung über die Reichsversicherungsordnung. Und was man nicht für möglich gehalten hätte, trat ein: gegen dies Schandgesetz stimmten allein alle Sozialdemokraten; daneben nur noch 12 Aufrechte aus der freisinnigen Volkspartei, der Rest, drei Viertel dieser Partei, stimmte mit dem blauschwarzen Völk und den Nationalliberalen für dies Gesetz. Es wurde unter dem Jubel der bürgerlichen Parteien mit 231 gegen 57 Stimmen angenommen. Auch die christlichen Arbeitervertreter stimmten dafür.

Daraus aber sollen alle Arbeiter eins immer von neuem sich zum Bewußtsein bringen: in allen Angelegenheiten, die sie und ihr Wohl und Wehe betreffen, haben sie noch immer das gesamte Bürgerum gegen sich, stehen sie ganz allein. Darum heißt es immer wieder, nur auf sich selbst allein vertrauen und — auf die Sozialdemokratie.

### Genossenschaftswesen.

**Markenartikel.** Der Kampf, den die deutschen Konsumvereine vor einigen Jahren gegen den Verband der Markenartikelfabrikanten zu führen hatten, hat die Konsumenten mit einem Schlage über die Markenartikel aufgeklärt. Die Markenartikelfabrikanten liefern ihre Ware in der für den Kleinverkauf bestimmten Packung an den Detailhändler und schreiben ihm vor, welchen Preis er mindestens zu nehmen hat. Der Detailhändler wird in diesen Fällen zu einem Filialhändler, der jedoch das Risiko seines Geschäfts noch weiter trägt. Die Kellame für den Artikel besorgt der Fabrikant, der Händler braucht die Ware nur auszugeben, ein guter Verdienst ist ihm sicher, aber er darf auch bei größtem Umsatze nicht mit dem Preise heruntergehen, denn das könnte schließlich die Einnahmen des Fabrikanten gefährden. Die ausgiebige Kellame der Herren sorgt dafür, daß das Publikum überall ihre Artikel verlangt, daß die Händler also von ihnen abhängig sind. Weist so jeder der Fabrikanten schon ein gewisses Monopol, so haben sie sich außerdem noch in einem Verbandszusammenschließen; dieser sperrt jedem Händler, der sich gegen die Vorschriften eines Verbandsmitgliedes vergeht, die Lieferung von allen Verbandsmitgliedern. Auf diese Weise können die Markenartikelfabrikanten auf Kosten der Verbraucher die Preise hochhalten. Für die Lebensmittel haben ihnen freilich die organisierten Konsumenten einen bösen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Kampf, den die deutschen Konsumvereine seinerzeit unter Führung der Großeinkaufsgesellschaft gegen die Markenartikelfabrikanten führten, hat eine Reihe der maßgebendsten Firmen zum Austritt aus dem Verbandsverbande veranlaßt. Die noch im Verbandsverbande befindlichen liefern ebenfalls an Konsumvereine bedingungslos. Ganz anders stehen die Dinge aber bei den Mitgliedern des Verbandes, die pharmazeutische Präparate, Nahrungsmittel usw. herstellen. Diese bilden eine besondere Gruppe (A) im Verbandsverbande, die früher ebenso wie die Gruppe B (Konsumartikel) etwa 50 Mitglieder zählte. Jetzt zählt die Gruppe A dreimal so viel Mitglieder, während die Gruppe B nur noch rund 30 Mitglieder umfaßt. Dieser Unterschied beruht einzig und allein darauf, daß die Artikel der Gruppe A von Konsumvereinen kaum geführt werden, daß den Fabrikanten also nur private Händler gegenüberstehen. Diese Handlung im Verbandsverband der Markenartikelfabrikanten ist das beste Zeichen für die Bedeutung der Organisation des Konsums. Solange die Konsumenten beim Händler laufen, sind sie diesem und den Fabrikanten ausgeliefert. Erst der Zusammenschluß in den Konsumvereinen schafft den Konsumenten die Möglichkeit, den verbundenen und organisierten Produzenten und Händlern ebenfalls organisiert gegenüberzutreten.

### Die Kranken- und Invalidenversicherung in Großbritannien-Irland.

Die in der „Gewerkschaft“ vom 26. Mai d. J. bereits kurz gemeldet wurde, hat die britische Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf, betreffend die Kranken- und Invaliden- sowie die Arbeitslosenversicherung, vorgelegt. Die vorgeschlagenen Bestimmungen über die Kranken- und Invalidenversicherung, die auch für alle nicht pensionsberechtigten Gemeinde- und Staatsarbeiter in Betracht kommen, sollen in diesem Aufsatz etwas ausführlicher behandelt werden.

Die Versicherungspflicht erstreckt sich auf alle Lohnarbeiter, deren Jahresverdienst 180 Pfund Sterling (3200 Mk.) nicht übersteigt, mit Ausnahme der beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits über 65 Jahre alten Personen. Versicherungspflichtige Arbeiter und die sie beschäftigenden Unternehmer haben einen Wochenbeitrag zu leisten, der sich auf 7 Pence (zirka 58 Pf.) für das männliche und 8 Pence (zirka 50 Pf.) für das weibliche Geschlecht stellt. Der Staat gewährt jedem versicherungspflichtigen britischen Untertanen einen wöchentlichen Zuschuß von 2 Pence (zirka 17 Pf.), so daß sich ein Gesamtbeitrag von 9 Pence (75 Pf.) bei männlichen und von 8 Pence (67 Pf.) bei weiblichen Personen ergibt (soweit sie nicht Ausländer sind).

Die Beitragsquote der Versicherten und des Unternehmers ist je nach dem Alter und der Lohnhöhe abgestuft. Alle weniger als 21 Jahre alten männlichen Versicherten zahlen ohne Rücksicht auf den Lohn wöchentlich 4 Pence, der Unternehmer 3 Pence, alle weiblichen weniger als 21 Jahre alten Versicherten wöchentlich 3 Pence und der Unternehmer ebenfalls 3 Pence. Gleich hoch sind die Beiträge der älteren Personen männlichen Geschlechts, die über 2½ Schilling im Tag, und der älteren weiblichen Personen, die über 2 Schilling im Tag verdienen. Männer mit 2—2½ Schilling Tagelohn zahlen 3 Pence, der Unternehmer 4 Pence. In der Tagesverdienstklasse 1½—2 Schilling zahlen die Versicherten 2 Pence, der Unternehmer 5 Pence für Männer und 4 Pence für Frauen; in der Tagesverdienstklasse weniger als 1½ Schilling haben die Versicherten 1 Penny und die Unternehmer für Männer 6 Pence, für Frauen 5 Pence zu entrichten. Dadurch, daß Unternehmer für Personen unter 21 Jahren den geringsten Beitragsanteil zu zahlen haben, wird geradezu eine Prämie für die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen gewährt.

Freiwillig versicherte Personen, die innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes sich anmelden und weniger als 45 Jahre alt sind, haben je nach dem Geschlecht 7 Pence oder 6 Pence Wochenbeitrag zu zahlen, später beitretende oder ältere Personen müssen höhere Beiträge leisten, deren Ausmaß abgestuft sein soll und auf dem Verwaltungswege festzusetzen wäre.

Zwangsversicherte unter 16 Jahren haben nur auf ärztlichen Befehl und Anstaltsbescheinigung Anspruch, Kranken- oder Invalidengeld erhalten sie nicht; 16—21 Jahre alte unverheiratete männliche Jugendlichen bekommen 5 Schilling, 16—21 Jahre alte unverheiratete weibliche Jugendlichen 4 Schilling wöchentlich als Kranken- oder Invalidenrente. Über 21 Jahre alte Männer erhalten in den ersten 13 Wochen der Krankheit 10 Schilling, über 21 Jahre alte Frauen 7½ Schilling wöchentliche Krankrente; bei längerer Dauer der Krankheit oder bei Invalidität erhalten Männer wie Frauen 5 Schilling in der Woche, doch wird wiederholte Erkrankung innerhalb von 12 Monaten als ein Erkrankungsfall betrachtet, so daß Tuberkulose und andere chronische Krankheiten gewöhnlich nur auf das Mindestmaß der Unterstützung Anrecht haben werden. Über 60 Jahre alte Personen, die nicht mindestens 500 Wochenbeiträge leisteten, erhalten in den ersten 13 Krankheitswochen eine herabgesetzte Unterstützung (je nach Alter und Geschlecht 5—7 Schilling). Mit Vollendung des 70. Lebensjahres erlischt jeder Anspruch auf Krankengeld und Invalidenrente, wohl dann jene Versicherten, die britische Untertanen sind und die sonstigen Bedingungen\*) erfüllen, Anrecht auf eine wöchentliche Altersrente von ein bis fünf Schilling haben. Die Wartefrist auf 1—2 wöchentliche Unterstützung dauert 26 Beitragswochen, die Wartefrist auf länger als 2 wöchentliche Unterstützung einhundertundvier Beitragswochen. Wer gegen die Satzungen der anerkannten Krankenvereine verstößt, hat Geldstrafen bis zu 20 Schilling zu zahlen und er kann auf längstens ein Jahr vom Unterstützungsanspruch ausgeschlossen werden. Außer auf Kranken- oder Invalidengeld haben die Versicherten auf ärzt-

\*) Darunter 20jährige ununterbrochene Geschäftigkeit in Großbritannien-Irland.



keine Hilfe, Medizin oder — wenn es sich um Tuberkulose und andere durch Ministerialverordnung zu bezeichnende Krankheiten handelt — auf Anstaltsbehandlung Anspruch. Unversicherte Frauen versicherter Ehemänner und selbst versicherte weibliche Personen erhalten bei der Niederkunft eine Wochenbettunterstützung von 30 Schilling.

Die Durchführung der Kranken- und Invalidenversicherung obliegt dem Versicherungsamt, den lokalen Gesundheitsausschüssen und den anerkannten Krankenvereinen. Auf die Zusammensetzung des Versicherungsamts haben weder Unternehmer noch Arbeiter Einfluß. Das Versicherungsamt wird aus einem Zentralamt in London und Zweigstellen in den Provinzstädten bestehen. Die als „Versicherungskommissäre“ zu bezeichnenden leitenden Beamten werden vom Ministerium ernannt und ernennen alle unteren Beamten, Schiedsrichter, Krankenkassen-Inspektoren usw.

Die lokalen Gesundheitsausschüsse bestehen zu einem Viertel aus Mitgliedern, welche das Versicherungsamt ernannt; von den übrigen Mitgliedern wählen je ein Drittel die Ortsbehörden, die Krankenvereine und etwa vorhandene Vertretungen der nicht in Krankenvereinen organisierten Versicherungspflichtigen. Sind solche Vertretungen nicht da — was die Regel sein wird —, so werden die restlichen Mitglieder des Gesundheitsausschusses von den bereits Gewählten, oder wenn diese sich nicht einigen können, vom Versicherungsamt bestimmt. Es ist anzunehmen, daß a. B. von 12 Mitgliedern gewöhnlich berufen werden: 6 vom Versicherungsamt, 3 von den Ortsbehörden und 3 von den Krankenvereinen. Die Gesundheitsausschüsse haben sehr weitgehende Rechte. Sie haben unter anderem in ihrem Gebiet auf die Einhaltung der Fabriks-, Berg- und Sanitätsgesetze zu achten und diesbezügliche „Empfehlungen“ zu machen. Werden auf ihre Veranlassung Erhebungen durchgeführt und stellt sich dabei heraus, daß eine das Normale um 10 Proz. übersteigende Erkrankungs Häufigkeit in einem Betrieb, in einem Gewerbe, in einem Ort usw. besteht, so können die Personen, Gesellschaften usw., die durch Gewährung ungünstiger Arbeitsbedingungen, Vermietung schlechter Wohnungen oder sonstwie an der erhöhten Erkrankungs ziffer schuld tragen, gezwungen werden, den Krankenvereinen die ihnen erwachsenen Mehrkosten zu vergüten.

Die anerkannten Krankenvereine müssen, von Unternehmern abgesehen, in Großbritannien mindestens 10 000, in Irland mindestens 5000 Mitglieder haben, sie dürfen nicht um Gewinn betrieben werden, müssen selbstverwaltend sein, eine entsprechende lokale und zentrale Kontrolle des Unterstützungswesens eingerichtet haben, sie müssen sich der behördlichen Aufsicht und Überwachung unterwerfen und alle sonstigen im Gesetz enthaltenen Bedingungen erfüllen. Schatzkanzler D. Lloyd George meint in der Begründung des Gesetzentwurfes, daß alle größeren Hilfsvereine (Friendly Societies) und Gewerkschaften (Trade Unions) in der Lage sein werden, diese Bedingungen zu erfüllen und die Anerkennung zu erlangen. (Im Jahre 1908 gab es im ganzen Königreich 29 517 eingetragene Friendly Societies mit 13 777 000 Mitgliedern; darunter befanden sich 1087 „Arbeiterklubs“ mit 274 353 Mitgliedern, doch sind auch in vielen anderen die Arbeiter sehr stark vertreten. Allerdings gehört den Friendly Societies daneben fast der ganze Mittelstand und eine große Zahl gewerblicher Unternehmer an.) Unternehmerkrankenkassen werden ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl anerkannt und in ihren Ausschüssen oder sonstigen Verwaltungskörperschaften haben die Unternehmer bis zu einem Viertel aller Stimmen. Allen anerkannten Krankenkassen steht es frei, nach ihrem Ermessen versicherungspflichtige Personen als Mitglieder aufzunehmen oder zurückzuweisen; sie können zur Aufnahme bestimmter Personen nicht verhalten werden. Die nicht in Krankenvereinen organisierten Versicherungspflichtigen werden in bezug auf Arzthilfe durch die lokalen Gesundheitsausschüsse und in bezug auf Krankengeld und Invalidenrente durch die Postämter abgefertigt. Nach mindestens sechsmonatlicher Eingehung haben sie auf Arzthilfe und nach mindestens 52 wöchentlichem Einzahlung auch auf Geldunterstützung im gewöhnlichen wöchentlichen Ausmaß Anspruch, aber sie können insgesamt nicht mehr beziehen als die Summe der von ihnen und den Unternehmern tatsächlich geleisteten Beiträge, einschließlich des Staatszuschusses und abzüglich der Verwaltungs- und Arztkosten usw. Die Ausländer, die keinen Staatszuschuß erhalten, werden wohl zumeist von den Hilfsvereinen nicht aufgenommen werden und auf diese liebliche Postversicherung angewiesen sein.

F.

## • Aus unserer Bewegung •

**Münster.** In der Jubiläumsversammlung vom 28. Mai referierte Gemeindevollmächtiger Simon über: „Die Interessen der städtischen Arbeiter an den bevorstehenden Wahlen“. In seinem Ausführungen kam Redner auch auf die künftigen Verhältnisse zu sprechen, in denen er besonders auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verwies. Es war ihm ein Vergnügen, zu zeigen, wie wenig man bisher den Wünschen und Anträgen der städtischen Arbeiter seitens der bürgerlichen Parteien im Rathaus entgegengekommen ist. Es gab nicht viel anderes als im großen ganzen Ablehnung der Anträge. Auch heute hat man noch keinen besonderen Ernst, die städtischen Arbeiter aufzubessern. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß man bei Beratung des Etats die ganze Aufbesserungsfrage wieder verschleppte. Dies Kapitel mögen sich die städtischen Arbeiter merken bis zum heurigen Herbst. Zum Schluß empfiehlt Redner, die Versammelten möchten dafür Sorge tragen, daß ihre Organisation ausgebaut und der letzte Mann derselben zugeführt wird. Nur zäher Kampf führt zum Sieg. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Nachdem Kollege Weigl noch über die Bedeutung des 8. Gewerkschaftskongresses gesprochen, wurden die notwendigen Ergänzungswahlen zum Auschuß vorgenommen und nach Erledigung einiger anderer Punkte die imposante Versammlung geschlossen.

**Berlin.** Zwar nicht viel, aber ein ganz klein wenig mehr als nichts! Das ist das Resultat, das die Anträge der Reinigungsarbeiter des städtischen Viehhofes in der letzten Kuratoriumssitzung hatten. Die Alfordkolonne verlangte für unangenehme und schwere Arbeit, für die mit Desinfizierten beschäftigten Arbeiter einen Zuschlag von 35 Pf. Ferner die Kolonne selbst auf 22 Mann festzusetzen. Für die Arbeiter im Schweinerevier Erhöhung der Alfordlöhne um 10 Proz. und für alle Arbeiter, die mit Dungenladen beschäftigt werden, Lieferung der Stiefel. Der Direktor selbst gab zu, daß es sich um ganz billige Stiefel mit Holzsohlen handelt, welche jetzt schon den mit Läden von Schweineungedung beschäftigten Arbeitern geliefert werden. Von sozialdemokratischer Seite wurde sodann darauf hingewiesen, daß die Stiefel für das selbe Geld für alle Dungenarbeiter geliefert werden könnten, wenn dieselben im städtischen Arbeitshaus angefertigt würden, wo es fortwährend an Arbeit fehle. Trotz dieser Befürwortung wurde nicht nur die Lieferung der Stiefel für alle Dungenarbeiter abgelehnt, sondern es wurde allen Ernstes „erwogen“, ob man nicht den Schweineungedungsläden die Stiefel auch entziehen sollte. So weit wagte man schließlich doch nicht zu gehen. . . . Die Erhöhung von 10 Proz. der Alfordlöhne im Schweinerevier wurde ebenfalls gegen die eine Stimme des sozialdemokratischen Vertreters abgelehnt, die 35 Pf. Erhöhung für schwere und unangenehme Desinfizierungsarbeit dagegen angenommen. Von der Festsetzung der Kolonne auf 22 Mann wurde abgesehen, dagegen von dem Direktor die Versicherung gegeben, daß darauf geachtet werden soll, daß auch im Zukunft der einzelne Arbeiter nicht unter 30–31 Mk. die Woche verdient. Schließlich wurde noch auf Bericht des sozialdemokratischen Mitgliedes des Kuratoriums beschlossen, das berechnete Verlangen der Kanalarbeiter wegen Schaffung besserer Aufenthaltsräume dadurch zu erfüllen, daß denselben in dem neuen Anbau ein Aufenthaltsraum zur Verfügung gestellt wird, in dem die Kleiden in einem Nebenraum getrocknet werden können.

**Kassel.** Die Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter, um deren Zustandekommen der Magistrat bereits über anderthalb Jahre bemüht ist, wird wohl in diesem Jahre nicht mehr zur Beratung kommen. Ein Privatbetrieb, der die gleiche Anzahl Arbeiter beschäftigt wie die Stadt, und dem kaum die Hälfte oder gar nur ein Viertel der Beamten zur Verfügung stehen wie dem Magistrat, würde eine Arbeitsordnung in zwei bis drei Tagen ausgearbeitet und beraten haben. Obwohl die Angelegenheit der städtischen Arbeiter bereits ins Unermessliche steigt, muß ihnen doch geraten werden, ihre Hoffnung auf Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung noch in diesem Jahre aufzugeben. — Bereits seit mehreren Jahren besteht ein Magistratsbeschuß, daß die verschiedenen Ressorts ermächtigt sind, ihren Arbeitern nach zwei-, vier- und sechsjähriger Dienstzeit einen Erholungsurlaub von zwei, vier und sechs Tagen zu gewähren. Die Herren Direktoren Eisele vom Gaswerk und Dr. Grote vom Schlachthof haben von diesem Rechte Gebrauch gemacht; sie haben ihren Arbeitern den Urlaub bewilligt, und die Betriebe haben nicht im geringsten dadurch Einbuße erlitten. An den Arbeitern der anderen Betriebe (Baugewerk, Reinigungswesen, Elektrizitäts- und Wasserwerk) liegt es, nicht zaghaft zu sein, sondern manhaft den Urlaub zu fordern, damit das vielgepriesene Wohlwollen der betreffenden Ressorts gegenüber ihren Arbeitern nicht leeres Gerede bleibt, sondern in die Tat umgesetzt wird. Mögen die Herren Chefs beweisen, daß es ihnen ernst ist mit der Sorge um das Wohlergehen ihrer Arbeiter.

**Chemnitz.** In der am 20. Mai abgehaltenen allgemeinen Mitgliederversammlung, die gut besucht war, referierte Kollege Pfeiffer unter Beifall über: „Die Bedeutung der freien und gegnerischen Gewerkschaften“. — In der Diskussion wurden be-



sonders die „Gelben“ in der Gasanstalt II und die „Christlichen“ im Stadtkrankenhaus kritisiert. Hoffentlich werden es die Kollegen bald einsehen, daß sie nur in einer freien Gewerkschaft ihre Interessen am besten wahren können. An Stelle des erkrankten Kollegen Boigtländer wurde Kollege Lange als Vorsitzender der Filiale gewählt. Ferner beschloß die Versammlung, dem Verein zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht 20 Mk. aus der Filialkasse zu überweisen.

**Chemnitz.** In der „Sängerloge“ fand am 28. Mai eine öffentliche Versammlung der beim Tiefbauamt beschäftigten Arbeiter-Kategorien statt. Kollege Preißler-Dresden referierte zunächst über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Gemeindearbeiter“ und zeigte in seinem Vortrag, daß wohl hier und da erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen wären, daß jedoch im allgemeinen noch recht viel zu wünschen übrig bleibe. Es gelte deshalb, durch weitere Organisationsarbeit unsere Reichen zu stärken. Hierauf erstattete der Arbeiterschuß Bericht über seine am 29. April und 5. Mai stattgefundenen Verhandlungen mit der Verwaltung des Tiefbauamtes. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Antrag der Flur-, Brückenbau- und Kanalisationsarbeiter um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in den Sommermonaten abgelehnt worden ist. Es bleibt daher bis auf weiteres der für die Großstadt Chemnitz beschämende Zustand bestehen, daß in diesen Betrieben noch elf Stunden täglich gearbeitet wird! Der weitere Antrag, die Wartezeit bis zum Einrücken in die Lohnklasse B auf ein Jahr herabzusetzen sowie für ältere Arbeiter die volle Dienstzeit anzurechnen, ist ebenfalls abgelehnt worden. Es koste zuviel, hieß es! Der Antrag, bei der Berechnung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld die etwaigen Bezüge des Arbeiters aus einer Hilfskasse nicht in Anrechnung zu bringen, wurde ebenfalls abgelehnt. Es wird also nach wie vor dem Arbeiter, der für sein Geld Mitglied einer freien Hilfskasse ist, in Krankheitsfällen das dort erhaltene Krankengeld auf den Differenzbetrag angerechnet, so daß die Stadt nicht viel mehr zu zahlen hat. Was würden denn wohl die Beamten sagen, wenn man mit ihnen auch so umspringen würde? Bewilligt wurde lediglich die Lieferung wasserdichter Mäntel und bei besonders weiten Wegen die Gewährung von Straßenbahnfahrten zur Arbeitsstelle. Die Rekrutierungsbegleiter und die zum Füllen der Sprengwagen an Sonntagen kommandierten Arbeiter hatten verlangt, daß diese Arbeit nicht als planmäßige Arbeit betrachtet würde und demnach hierfür ein Zuschlag von 50 Proz. zu zahlen sei. Hier ist lediglich bewilligt worden, daß für die über drei Stunden hinausgehende Arbeit ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt wird. Die Gehilfen hatten noch gebeten, ihnen Dienstkleidung oder Velleidungsgeld zu gewähren; auch das ist abgelehnt worden. Man hat bei allen Punkten die Arbeiter damit vertröstet, daß im Herbst bei Beratung des neuen Haushaltsplanes auf ihre Anträge zurückgekommen werde. — Das ist ein recht magerer Trost, doch leider müssen wir hierbei gleich sagen, daß ein gut Teil der Schuld auch bei der Arbeiterschaft des Tiefbauamtes liegt. Sie hat es nicht einmal fertig gebracht, den Arbeiterschuß nur aus organisierten Kollegen zusammenzusetzen. Und das Stärkeverhältnis der Organisation überhaupt läßt hier noch recht viel zu wünschen übrig. Daß sich an den Bericht des Ausschusses eine recht lebhafte Debatte knüpfte, ist wohl nach dem Gesagten selbstverständlich. Allgemein waren die Kollegen der Meinung, daß es so nicht weiter gehen könne. Sie waren aber auch der Überzeugung, daß planmäßig und systematisch für die Ausbreitung der Organisation gearbeitet werden muß. Diese Aufgabe aber darf man nicht einigen wenigen überlassen, sondern ein jeder Kollege hat die Verpflichtung, mit allen Kräften zu helfen.

**Freiburg (Schwaben).** Die Mitgliederversammlung vom 28. Mai war stark besucht und beschäftigte sich mit der stattgefundenen Lohnregelung. (Siehe hierzu den Artikel an anderer Stelle.) Nach sehr ausgiebiger Debatte wurde folgende Resolution beschloffen: „Die am 28. Mai stattgefundenen Versammlung der städtischen Arbeiter nimmt davon Kenntnis, daß die Lohnregelung für die Arbeiterschaft des Gaswerkes ihre befriedigende Erledigung gefunden hat. Zu ihrem Bedauern muß aber die Versammlung konstatieren, daß die Lohnregelung für die Bauamtsarbeiter nicht in der gleichen befriedigenden Weise erledigt worden ist. Es war doch den Bauamtsarbeitern am 8. Dezember 1910 mitgeteilt worden, daß hinsichtlich etwaiger Lohnausfälle durch die Verkürzung der Arbeitszeit von Fall zu Fall Beschluß gefaßt werden solle. Es haben aber nur einige Bauamtsarbeiter eine Zulage erhalten und zwar auch nur einen Pfennig pro Stunde. Es bleibt somit auch für diese Arbeiter noch immer ein Lohnausfall von täglich 20 Pf. Der Beschluß des Bauamtes vom 8. Dezember ist somit nicht zur vollen Ausführung gekommen. Die Versammlung beschließt deshalb: der Filialvorstand wird beauftragt, den Oberbürgermeister zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der genannte Beschluß des Bauamtes vom 8. Dezember voll zur Ausführung gelangt.“ Der Kassierer gab dann bekannt, daß die Mitgliederzahl jetzt bis auf 74 gestiegen sei. Er hoffe, daß die neu gewonnenen Mitglieder auch treue und überzeugte Verbandstaugen werden.

**Guben.** Im Laufe der diesjährigen Stadtberatungen nahmen sozialdemokratische Stadtverordnete die Gelegenheit wahr, Anträge zu stellen, die auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

der städtischen Arbeiter hingen. So wurde unter anderem beantragt: eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde, die Einführung der Achtstundenschicht für die Feuerhausarbeiter der Gasanstalt und ferner die Einführung von Bestimmungen, wonach dem Arbeiter bei dauernder Inaktivität einigermassen über Not und Sorgen hinweggeholfen wird. Ueber die Berechtigung, solche Anträge zu stellen, soll hier nicht länger der Nachweis geführt werden. In Nummer 50 (Jahrg. 1910) der „Gewerkschaft“ haben wir bereits über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Guben berichtet. Dem wollen wir nun noch als Gegenstück hinzufügen, daß die Gasanstalt im verflossenen Etatsjahr einen Ueberschuß von 118 000 Mk. erzielte. Das Elektrizitätswerk ergab einen solchen von 49 500 Mk. und im Wasserwerk sind wir einen Ueberschuß von 40 400 Mk. gebucht. Es sind dies ganz beachtenswerte Summen, die nicht zuletzt, durch die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der städtischen Arbeiter erzielt wurden. In der Stadtverordneten-Versammlung vom 4. Februar d. J. standen nun genannte Anträge zur Beratung. Man erkannte auf bürgerlicher Seite wohl an, daß die Löhne im allgemeinen nicht mehr der Neuzeit entsprechen, konnte sich aber nicht dazu aufschwingen, dem Antrage unserer Genossen zuzustimmen. Die Magistratsvorlage, den Stundenlohn sämtlicher städtischen Arbeiter um 2 Pf. zu erhöhen, wurde schließlich angenommen. Für die Einführung der Achtstundenschicht in der Gasanstalt war keine Stimmung bei den bürgerlichen Ratsherren. Man begnügte sich damit, die Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden zu reduzieren und die Achtstündige Wechselshift zu beseitigen, indem für Sonntag (den Tag des Schichtwechsels) eine Erschicht aus den Sofabreitern herangezogen wird. — Die seit 1. April d. J. in Kraft getretenen Bestimmungen über Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung gelten für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie nicht Beamte sind. Um in den Genuß von Ruhe-lohn zu kommen, muß der Betreffende mindestens 10 Jahre ununterbrochen bei der Stadt beschäftigt gewesen sein und das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Unterstützung beginnt mit  $\frac{1}{100}$  des Jahresverdienstes und steigt bis zum 20jährigen ununterbrochenen Arbeitsverhältnis jedes Jahr um ein weiteres Sechstel. Nach 20 Dienstjahren beträgt dann die Steigerung pro Jahr nur noch  $\frac{1}{100}$  und endet im Höchstfalle mit einer Ruhegehaltsentschädigung von  $\frac{1}{100}$  des Jahresverdienstes. Als Jahresverdienst wird der 50fache Betrag des Wochenverdienstes zugrunde gelegt. Hat ein Ruhe-lohempfänger früher einen höheren Lohn verdient als den zuletzt bezogenen, so wird bei Berechnung des Ruhelohnes der höhere Lohn zugrunde gelegt. Dem Ruhe-lohempfänger wird weiter gestattet, daß er zu dem Ruhegehalt noch weitere  $\frac{1}{100}$  hinzuverdienen kann, ohne daß dadurch eine Verkürzung des Ruhegehalts eintritt. Als Wittwengeld soll der Frau 40 Proz. desjenigen Ruhegehalts gezahlt werden, das dem Ehemann bei seinem Ableben zustand. Jedoch muß das Wittwengeld mindestens 200 Mk. jährlich betragen. Halbwaisen erhalten  $\frac{1}{2}$  des Wittwengeldes, Vollwaisen  $\frac{1}{2}$  bis zum 15. Lebensjahre. Für uneheliche Kinder gelten die gleichen Sätze. Wittven- und Waisengeld darf die Höhe des Ruhelohnes, den der Mann bezogen hat, nicht übersteigen. Ueber die Entziehung oder Versagung der Unterstützung soll jedesmal die Stadtverordnetenversammlung mitentscheiden. An Sterbegeld wird für den Beschäftigten  $\frac{1}{100}$  des Jahresverdienstes an die Hinterbliebenen gezahlt. Ein klagbares Recht auf den Bezug von Ruhe-lohn, resp. Wittven- und Waisengeld steht den Bezugsberechtigten nicht zu. Wenngleich an diesen Beschlüssen noch so manches zu kritisieren wäre, muß doch anerkannt werden, daß der erste Schritt, für die Guben'schen Arbeiter annehmbare Verhältnisse zu schaffen, wohl gelungen ist. Den Kollegen muß aber in Erinnerung gebracht werden, daß sie selbst tatkräftig für die Verbesserung ihrer Existenz eintreten müssen. Dabei sei erst erkannt, welche Macht in ihnen ruht, wenn sie sich einigen und zu einer kompakten Masse in ihrer zuständigen Organisation zusammenschließen, dann wird es ihnen ein leichtes sein, den angebahnten Weg weiter zu gehen. Auf tatkräftige Unterstützung der Arbeitervertreter können sie ebenfalls sicher rechnen. Also vorwärts!

**Meißen.** Am Sonnabend, den 27. Mai, lagte wieder eine sehr gut besuchte Versammlung des Fahrpersonals der städtischen Straßenbahn, in welcher Gauleiter Karole-Frankfurt referierte über: „Wie können die Straßenbahner Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen?“ Der Redner legte den Anwesenden in eingehender Weise dar, wie sich alle Berufsgruppen des arbeitenden Volkes nach und nach Einfluss und Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Lage erlangt haben. Das Unternehmertum dagegen versuche, jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsverhältnis aufzuhalten. Diese Tendenz zeige sich bedauerlicherweise auch in den kommunalen Betrieben, obwohl dieselben nicht der kapitalistischen Bereicherung, sondern dem Allgemeinwohl dienen sollen. Daher müssen sich auch die städtischen Arbeiter und Bediensteten in wirtschaftlichen Verbänden vereinigen, um so ihren Gesamtwillen an Stelle des einzelnen zu setzen. Den Straßenbahnern tue ganz besonders Einigkeit und Zusammenschluß not, da ihre Arbeitskraft besonders stark in Anspruch genommen wird. Ständen die Straßenbahner einmal in vollständig geschlossener Phalanx, dann würde auch ihr Einfluss so weit reichen, um bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeits-



Verhältnisse gehört zu werden. Starker Beifall folgte diesen Ausführungen. Die recht lebhaft diskutierte, die darauf folgte, bewegte sich in demselben Rahmen. Die noch fernstehenden Kollegen wurden aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, was auch wieder in reichlichem Maße geschah. Weiter wurde kritisiert, daß eine im Januar eingereichte Eingabe, in welcher Verbesserung der Pensionsbestimmungen und Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wurde, bisher noch keine Erledigung gefunden hat. Die Bürgermeisterei versteht also auch hier die Sache genau so zu verschleppen, wie bei den übrigen städtischen Arbeitern. Der Arbeiterausschuß wurde dann beauftragt, sich mit einer Anfrage an die Bürgermeisterei zu wenden und um Auskunft über den Stand der Eingabe zu ersuchen. Nach einigen zur kräftigen Agitation auffordernden Schlussworten fand die imposante Versammlung ihr Ende.

**Neugersdorf.** In der Mitgliederversammlung vom 28. Mai erläuterte Kollege Preißler-Dresden in längeren Ausführungen die Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschafts-Kongresses. Der Vorsitzende gab sodann bekannt, daß das einjährige Bestehen der Filiale, die zur Zeit 21 Mitglieder zähle, festlich begangen werden soll, wozu die Gemeindeglieder der benachbarten Gemeinden Ebersbach und Eibau eingeladen werden, um sie für die Organisation zu gewinnen. Als Festtag wurde der 18. Juni bestimmt und alles weitere dem Vorstand überlassen. Weiter berichtete der Vorsitzende, daß er wegen dem Arbeitsfluß an den Vorabenden von Festtagen mit dem Gemeindevorstand verhandelt habe. Es wurde daraufhin bestimmt, daß an den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten sowie am Tage vor dem großen Schießen nachmittags 4 Uhr Feierabend ist, an den Tagen vor den übrigen gesetzlichen Feiertagen aber wird bis 6 Uhr gearbeitet. Weiter gab er bekannt, daß für Überstundenarbeit ein Zuschlag von 20 Proz. gezahlt wird. — Wir möchten noch bemerken, was für die Kollegen von anderen Filialen gewiß von Interesse sein dürfte, daß unsere Neugersdorfer Kollegen ohne Ausnahme den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert haben und daß die Gemeindeverwaltung dazu ohne weiteres ihre Zustimmung gegeben hat. Bravo!

**Strasbourg.** Nachdem unsere im Oktober 1910 eingereichten Lohnforderungen von der Stadtverwaltung keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, sahen sich unsere Kollegen genötigt, hierzu Stellung zu nehmen. Zu diesem Zweck tagte am 1. Juni in der „Warenbörse“ eine stark besuchte öffentliche Gemeindegliederversammlung, in der Gauleiter Bürker über: „Die Verschleppung unserer Lohnanträge im Gemeinderat“ referierte. Mit der Verschleppungstaktik der Stadtverwaltung schwer ins Gericht gehend, zeigte der Referent an der Hand statistischen Materials, unter was für ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die hiesigen städtischen Arbeiter arbeiten. Die Versammlung erhob gegen die Nichtberücksichtigung unserer berechtigten Forderungen energisch Protest durch Annahme nachstehender Resolution: „Die am 1. Juni 1911 im Saale der „Warenbörse“ tagende außerordentlich stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter aller Betriebe verurteilt entschieden, daß die im Oktober 1910 eingereichten Lohnanträge bis heute noch nicht erledigt sind. Die Versammelten erklären, daß die Kollage der überhöhten Mehrheit der städtischen Arbeiter eine verwerfliche ist, daß sie die sofortige Neuregelung bezw. Erhöhung der Löhne erfordert. Die Versammlung richtet daher an die Stadtverwaltung erneut das Ersuchen, wie früher, so auch jetzt dem Gemeinderat umgehend die nötigen Verbesserungsanträge und Vorschläge zu unterbreiten. Von dem Gemeinderat, der die Spitzen der bürgerlichen Parteien Elsass-Rothringens umschließt, hofft die Versammlung, er werde nicht nur den verschiedenen Wünschen der übrigen Bevölkerungsschichten, sondern auch solchen Verbesserungsanträgen für die städtischen Arbeiter das nötige Verständnis entgegenbringen und dieselben nach erfolgter Vorlage baldmöglichst in zustimmender Weise erledigen. Der Gauleiter des Gemeindearbeiterverbandes wird beauftragt, diese Resolution der Stadtverwaltung bezw. dem Gemeinderat zu unterbreiten und der städtischen Arbeiterschaft das Resultat derselben rechtzeitig mitzuteilen.“ — Nach einem kräftigen Appell des Referenten an die Versammelten, für Festigung der Organisation weiter Sorge zu tragen und treu zu ihrer Sache zu stehen sowie die Arbeiterpresse mehr wie bisher zu abonnieren, schloß die gut verlaufene Versammlung.

### • Gerichts-Zeitung •

Is das Gewerbegericht anständig für Arbeiter an einer von der Kreisverwaltung projektierten Werkanlage? (Gewerbegerichts-gesetz §§ 1—3. Urteil des Kreisgewerbegerichts Moers vom 24. März 1911.) Das Gewerbegericht hat sich für unzuständig erklärt. Aus den Gründen: Nach der gewöhnlichen Definition sind als gewerbliche Arbeiter in diesem Sinne solche Personen anzusehen, welche in einem gewerblichen Unternehmen für Zwecke des Gewerbebetriebes beschäftigt werden (vgl. Landmann, Gewerbeordnung II). Im vorliegenden Falle handelt es sich um Anlagen

einer Werft seitens des Kreises Moers, bei der die Erd- und Bauarbeiten an Unternehmer vergeben sind. Die Bauleitung liegt in den Händen eines von der Kreisverwaltung angestellten Ingenieurs. Diesem stehen einige Arbeiter zur Verfügung zur Ausführung nötiger Nebenarbeiten, z. B. Instandhaltung und Reparatur von Zufahrtswegen, Gleisanlagen u. dergl. Diese Arbeiter werden vom Kreise bezahlt und zu ihnen gehörte auch der Kläger. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Bauleitung einer Werkanlage und die Ausführung der damit verbundenen Nebenarbeiten nicht als ein gewerbliches Unternehmen, also ein Unternehmen, das auf Erwerb gerichtet ist, bezeichnet werden kann. Es liegt hier ähnlich so, als wenn ein Privatmann an seinem Grund und Boden irgendwelche Anlagen für seinen persönlichen Bedarf unter eigener Leitung durch von ihm selbst bezahlte Arbeitskräfte herstellen läßt. Es wird niemand einfallen, dabei von einem gewerblichen Unternehmen zu sprechen. Ob der spätere Betrieb auf der fertiggestellten Werft, also das Löschen und Beladen von Schiffen, der An- und Abtransport von Gütern, als ein Gewerbebetrieb anzusehen sein wird, kann hier ganz außer Betracht bleiben; da es sich vorliegend lediglich um die Herstellung der zum Werfbetrieb erforderlichen Anlagen, aber nicht um diesen Betrieb selbst handelt. Ob ferner die gesetzlichen Bestimmungen über die Zukünftigkeit der Gewerbebetriebe den praktischen Bedürfnissen des Lebens völlig Rechnung tragen und ob nicht eine weitergehende Fassung im Interesse mancher Klassen der Arbeitnehmer wünschenswert erscheint, kann auf die Entscheidung keinen Einfluss ausüben, da das Gericht die Gesetze so anzuwenden hat, wie sie in Wirklichkeit sind, und nicht, wie sie etwa sein könnten. — Wieder einer von den widerspruchsvollen Beschlüssen, der in seiner „Begründung“ förmlich sich selbst aufhebt!

### • Rundschau •

Der Gewerbeverein der Deutschen Gemeindeglieder hielt am 21. Mai seinen 8. Delegiertenkongress in Berlin ab. Von den 34 stimmberechtigten Mandaten befanden sich „einige“ in den Händen der Vorstandsmitglieder, obwohl die letzteren „als solche“ kein Stimmrecht haben, wie das „Korrespondenzblatt“ schreibt. Den Geschäftsbericht gab der Schöneberger Ratschulrat. Es wird darin der Austritt der Ortsvereine von Rixdorf und Wilmersdorf sowie der Auflösung des Ortsvereins Steglitz gedacht. In Nürnberg und Bremen sollen erfreuliche Resultate erzielt sein. Trotz dem hatten diese Orte (wie auch Ebersbach) ihre Mandate den Berlinern übertragen, was auf eine bedenkliche Kassenknechtschaft schließen läßt. Im Kassenbericht sind denn auch Zahlen ängstlich vertrieben. Immerhin wird mitgeteilt, daß die Kasse gegen das Vorjahr „etwas ungünstiger“ abschloß! — Als der „Gewerbeverein“ kürzlich die Jahresabrechnung der angeschlossenen Verbände brachte, figurierten übrigens die Gemeindeglieder mit — Gedankenstrichen. Sie haben demnach nicht einmal ihren Verpflichtungen nachkommen können, was noch tiefer bliden läßt. Der Gewerbevereinssekretär Reustadt sprach denn auch von den Fehlschlägen des letzten Jahres, die man nicht tragisch nehmen dürfe. Sogar über die „Jugendorganisation“ wurde geredet, wobei zum Teil die Notwendigkeit dafür bezweifelt wurde. Dem notorischen „Freund“ der Berliner Straßenreiniger, Herrn Goldschmidt, soll der Dank der Vereins ausgesprochen werden, auf daß er auch fernerhin sich mit Zug und Recht als Gemütskur bei Gestaltung unserer Forderungen betätigen kann. — In derselben Stunde, als Herr Goldschmidt diese Freude erlebte, beschloß übrigens der zweitgrößte Gewerbeverein, die Kaufleute, den Austritt mit seinen 28 000 Mitgliedern aus dem Gesamtverbande, obwohl der Generalissimus selber anwesend war und Himmel und Hölle beschwor, diesen Schritt zu unterlassen. Gerade wegen der Unzulänglichkeit Goldschmidts, wurde begründend gesagt, sei der Austritt notwendig. Da wird nach diesem schmerzlichen Wadenstreich das Vertrauensplättchen der höchstens 1000 Straßenreiniger von Berlin und Umgebung die Wunde nicht zupappen. Bei den Vorfällen ist nun einmal rückwärts die Parole. Wir wollen hoffen, daß die Ortsvereine der Gemeindeglieder das auch bald erkennen und sich unserem Gesamtverbande anschließen, wohin sie gehören.

Die Gewerbeinspektoren über die Verteuerung der Lebensmittel. Was wir wiederholt über die Wirkung der neuen Zoll- und Steuererlässe gesagt, wird jetzt auch von amtlicher Seite bestätigt, und zwar durch die preussischen Gewerbeinspektoren. In ihren Berichten erwähnen sie wiederholt diese Tatsache. So heißt es aus dem Regierungsbezirk Königsberg: „Die Lohnhöhe ist im allgemeinen die gleiche wie im Vorjahre geblieben und nur vereinzelt unwesentlich gestiegen. Die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien war angesichts der allgemeinen Verteuerung und der erhöhten Lebensansprüche fortgesetzt schwierig.“ Ähnlich urteilt die Gewerbeinspektion im benachbarten Danzig: „Lohnaufbesserungen sind nur vereinzelt bekannt geworden. Die Ernährungsverhältnisse waren durch die Fleischsteigerung beeinträchtigt. Die Kartoffelpreise waren dagegen mäßig.“ Freut euch also, ihr elbischen Proletarier: langt's bei euch auch nicht auf einen Schweinebraten, so ist es euch doch immer noch gönnt, den lieblichen Duft



dämpfender Kartoffeln um eure Rasen ziehen zu lassen. Der Gewerbeinspektor von Breslau schreibt in gleicher Weise: „Von einer Verringerung der wirtschaftlichen Lage kann . . . angesichts der fortwährend hohen Preise für Wohnung und Lebensmittel nicht gesprochen werden.“ Im Bezirk Erfurt soll zwar entsprechend der langsam ansteigenden Konjunktur mehr Arbeitslohn verdient worden sein; aber: „durch das gleichzeitige Steigen der Lebensmittelpreise ergab indessen diese Lohnsteigerung keine wesentliche Verbesserung für den Arbeiterhaushalt.“ In dem Bericht aus dem Regierungsbezirk Schleswig heißt es: „Die Löhne . . . erscheinen im Vergleich zu den in anderen Provinzen gezahlten Löhnen verhältnismäßig hoch, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß durch den hohen Preisstand der Lebensmittel und der notwendigen Verbrauchsgegenstände auch die Lebenshaltung im Bezirk sehr verteuert wird.“ Aus anderen Bezirken wird sogar gemeldet, daß die Lebenshaltung gesunken sei, so wird aus Osnabrück berichtet: „Die Lohnhöhe ist im allgemeinen unverändert geblieben, so daß infolge der Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse die Lebenshaltung kinderreicher Arbeiterfamilien sinken mußte.“ Und aus dem Regierungsbezirk Münster: „Die Lebensmittelpreise, insbesondere die Fleischpreise, sind gestiegen. Da ein Ausgleich dafür den Arbeitern in Form von Lohnsteigerungen nicht zugewendet werden konnte, ist die Annahme berechtigt, daß für die Mitglieder kinderreicher Familien nicht selten Unterernährung eintrat.“ Die Gewerbeinspektion in Koblenz sagt: „In der wirtschaftlichen Lage scheint allmählich eine Besserung einzutreten, doch sind die Löhne trotz der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel und der ganzen Lebenshaltung durchweg unverändert geblieben.“ Ähnliches wird aus Trier und Aachen gemeldet. Trotz dieser amtlichen Zeugnisse für die Wahrheit unserer Behauptung, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter sich in den vergangenen Jahren in keiner Weise gehoben, daß sie sich in mancher Beziehung noch schlechter gestaltet hat, wird man doch nicht erwarten dürfen, daß die Regierung oder die herrschenden Parteien etwas dagegen tun werden. Zumal der „Arbeitervertreter“ Wiesberts darüber jammert, daß die Verantwortlichkeit der Arbeiter lediglich von der Aufhebung durch die Sozialdemokratie herkomme. Um so eher wird man natürlich dem arbeitenden Volke immer neue Kämpfe auflegen wollen. Deshalb werden die Arbeiter noch schwere Kämpfe politischer und wirtschaftlicher Natur führen müssen, um aus eigener Kraft wiederzugewinnen, was ihnen die herrschenden Klassen fortgesetzt rauben.

Die drei Grundregeln der Hygiene. Das „B. L.“ macht sich in nachstehender Weise über die Weltfremdheit mancher Gelehrten lustig: „Weil jetzt so viel über Gesundheitspflege gesprochen wird, beschloß ich, unseren berühmtesten Hygieniker, den Professor Kopahly, über alle diese Dinge zu interviewen. Ich schrieb ihm einen Brief und kündigte ihm meinen Besuch an. Und teilte ihm mit, daß ich ihn darüber ausfragen möchte, warum es immer noch so viel Krankheit und Elend in der Welt gebe, und welches denn nun eigentlich die hygienisch richtige Lebensweise sei. Als ich in der verabredeten Stunde bei Geheimrat Kopahly eintrat, begrüßte er mich auf das herzlichste. Er ist ein scharmanter Mann, wie das von dem Lehrer einer so angenehmen und heilsamen Wissenschaft nicht anders zu erwarten war. „Warum“, so begann ich, „warum, lieber Herr Professor, gibt es immer noch so viel Krankheit und Elend in der Welt, und welches ist nun eigentlich die hygienisch richtige Lebensweise?“ Professor Kopahly setzte sich in seinen großen Lehnstuhl, blinnte mich freundlich an und lächelte wehmütig. „Mein Herr“, sagte er, „die Lehren der Hygiene sind außerordentlich klar und einfach, und wenn die Menschen wollen, so können sie gesund sein. Aber sie wollen nur nicht, und es ist ihre eigene Schuld, daß es noch so viel Krankheit in der Welt gibt. Sehen Sie, mein Herr, drei Dinge sind unbedingt notwendig für die Gesundheit. Zuerst einmal gutes, reichliches Essen. Wer gesund bleiben will, muß am Tage ein Pfund besten Kalb- oder Hammelfleisches essen, ferner frisches Gemüse, Salate, leichtverdauliches Weizenbrot, nicht das schwere Schwarzbrot. Darüber sind hundert Bücher geschrieben worden, aber gehört wird immer noch nicht darauf. Zweitens: gesunde Bewegung in frischer Luft. Wer gesund bleiben will, muß drei oder vier Stunden am Tage in freier Luft leichten Sport betreiben. Ich selber habe im Ruhrgebiet Vorträge darüber gehalten und versucht, die Kohlenarbeiter für das Ramm-Tennis-Spiel zu gewinnen. Was soll ich Ihnen sagen? Ins Gesicht hat man mir gelacht, und der Erfolg ist gleich null gewesen. Drittens: hygienisches Wohnen. Kein Mensch kann gesund sein, der in engen, schlecht gelüfteten Räumen wohnt. Sehen Sie hier in Berlin. Da wohnen die Leute zusammengedrängt in den Industrievierteln des Nordens und Ostens. Warum ziehen sie nicht in die Villenkolonie Grunewald, wo es mitten im Grünen Villen gibt mit allem hygienischen Komfort? Nein, alles wohnt in diesen schrecklichen Mietskasernen, in Rauch und schlechter Luft, und dann wundern man sich über die vielen blaffen Gesichter. Ach, mein Herr“, schloß Professor Kopahly leidend, „die Wissenschaft weiß es schon, wie es gemacht werden soll, und ihre Schuld ist es nicht, daß niemand auf sie hört.“ Ich war überzeugt. „Wie groß“, murmelte ich dumpf vor mich hin, „wie groß ist die Wissenschaft,

und wie töricht sind wir, daß wir nicht einmal ihre einfachsten Regeln befolgen.“ — Andererseits hat dieser „Scherz“ doch auch seine nachdenkliche Seite. Die Millionen der Arbeiter entbehren in der Tat kräftige Nahrung, freie Zeit zu Spiel und Sport und gesunde Wohnung! Dies zu erobern, haben sich die Organisationen der Arbeiter zur Aufgabe gestellt. Und es wird und muß einmal dahin kommen, daß jene drei Grundregeln der Hygiene nicht nur scherzhaft gefordert, sondern allen Ernstes durchgeführt werden!

**Schutz dem Walde.** Zehn goldene Regeln des Waldschutzes werden gegenwärtig von der Deutschen Gesellschaft zur Pflege des Waldes in den von Ausflüglern besuchten Waldpartien zum Aushang gebracht: 1. Schont die Gewächse des Waldes, denn sie sind ein Schmuck der Gegend und sollen noch viele erfreuen und neues Leben bilden. 2. Ein bescheidener Blumenstrauch ist jedem gern gestattet, doch dürfen nicht Zweige abgerissen, Bäume verkrüppelt und die Pflanzen mit den Wurzeln ausgerissen werden. 3. Jungwüchse und Anpflanzungen bedürfen der Schonung. 4. Werft kein Papier, keine Eierschalen usw. in den Wald — es sollen sich auch noch andere nach Euch an oder in dem Walde erfreuen. 5. Vermeidet vor allem das Fortwerfen von Flaschen, Glasgefäßen usw. Derumliegende Glascherben haben schon oft Unheil angerichtet. 6. Vorsicht beim (an und für sich ja verbotenen) Rauchen, besonders bei trockenem Wetter und in der Nähe junger Anpflanzungen. Keine glimmende Zigarre, kein brennendes Streichholz fortwerfen! 7. Stört nicht die Tiere des Waldes, freut Euch an ihnen. 8. Schont die Vogelkinder, die Käfer und das Gewürm des Waldes. 9. Laßt den Hund nicht jagen. 10. Der Wegweiser sei Eurer Schonung empfohlen, er soll noch nach Euch anderen Rat erteilen, er ist ein Freund der Wanderer.

#### Philister.

Philister sind scharfante Leute,  
Immer die gleichen, gestern wie heute.  
Immer dieselben, heute wie morgen.  
Die für ihren Nachwuchs sorgen;  
Die vor fremden Türen stehen,  
Und im Schmutz die eignen lassen,  
Andern einen Trunk verwehren  
Und am offenen Spundloch drassen,  
Flecken zählen an den andern,  
Aber selbst im Schlamm wandern;  
Die Unendliche mit Ellen messen,

So ste die Brille nicht vergessen,  
Wenn Basillen stützen sollen,  
Mit dem Stode stützen wollen,  
Wenn man einen Krastgedanken  
Abnen schenkt, ein Trunkline wanken,  
Vor der Bahrtzeit hellen Scheinen  
Hintern Sonnenschirme greinen,  
Wo Begelungsflammen brennen,  
Mit der Feuerbrücke rennen;  
Die mit ihrer Dummheit prahlen —  
Über bar bezahlen. Ludwig Wien.

### • Eingegangene Schriften und Bücher •

Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart. Historische Skizzen von Dr. Ludwig Franke, Mitglied des Reichstags. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. Nr. 13 der Kleinen Bibliothek. 112 S. Preis gebunden 1 M., broschiert 75 Pf. Vereinskasse 50 Pf. Bei der beginnenden Wahlbewegung wird das Buchlein das Interesse aller Wähler in Anspruch nehmen und als Ergänzung des Parteihandbuchs dienen können. Die Beigabe der Programme der bürgerlichen Parteien dürfte dem Wert der Arbeit nicht unwesentlich steigern.

### Totenliste des Verbandes.

**Erhardt Saalmann, Jülich**  
Arbeiter (Bauamt)  
† 20. 5. 1911, 80 Jahre alt.  
**Gustav Ansal, Magdeburg**  
Kranführer  
† 21. 5. 1911, 68 Jahre alt.  
**Gustav Wolf, Hanau**  
Straßenarbeiter  
† 25. 5. 1911, 59 Jahre alt.  
**Jr. Wilh. O. Springguth, Chemnitz**  
Gartenarbeiter  
† 25. 5. 1911, 88 Jahre alt.  
**Heinrich Kaebe, Nienberg**  
Bäcker  
† 28. 5. 1911, 78 Jahre alt.  
**Ludwig Streicher, München**  
Straßenbauarbeiter  
† 28. 5. 1911, 64 Jahre alt.

**Jr. Aug. Dähler, Chemnitz**  
Straßenreiniger  
† 28. 5. 1911, 64 Jahre alt.  
**Emil Joppendick, Meitlin**  
Kranführer  
† 29. 5. 1911, 48 Jahre alt.  
**Wilhelm Behm, Berlin**  
Arbeiter  
† 30. 5. 1911, 64 Jahre alt.  
**Rich. Philippiert, Mühlhausen**  
Arbeiter  
† Mai 1911, 52 Jahre alt.  
**Georg Schmitt, Jandau**  
Straßenreinigung  
† 2. 6. 1911, 72 Jahre alt.  
**Hugo Platte, Ebersfeld**  
Arbeiter  
gestorben am 2. Juni 1911.

Ehre ihrem Andenken!